

SOZIALREPORT



Sozialreform und soziale Sicherungsziele

2008

Bewertungen und
Vorstellungen der Bürger
der neuen Bundesländer im
Jahre 2008



Sozialreform und soziale Sicherungsziele
Bewertungen und Vorstellungen der Bürger der neuen Bundesländer
im Jahre 2008

Befragungsergebnisse ab 18-jähriger Bürger der neuen Bundesländer

Empirische Erhebung
"Leben 2008 - zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern"

erarbeitet vom
Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V.

Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Reinhard Liebscher

Vorbemerkungen

Sozialstaat und Sozialreformen in den neuen Ländern

Die Bundesdelegiertenversammlung der Volkssolidarität fasste 2006 einen Beschluss "Den Sozialstaat bewahren und stärken", der zur innerverbandlichen Diskussion anregen und zugleich die Positionen des Verbandes zum Ausdruck bringen sollte.¹

Die Delegierten bekannnten sich damit einstimmig zu einem *Sozialstaat*, der es allen in Deutschland lebenden Bürgern ermöglicht, selbstbestimmt und unter menschenwürdigen Bedingungen zu leben. Das schließt auch - aber nicht nur - ein, dass der Sozialstaat im besonderen Maße für jene Menschen da sein muss, die aus unterschiedlichen Gründen zeitweilig oder dauerhaft der Hilfe der Gesellschaft bedürfen. Entscheidend ist jedoch eine inhaltliche Orientierung der Politik, die den in Deutschland lebenden Bürgern - unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Rasse, Nationalität und Weltanschauung - gleiche Entwicklungschancen einräumt, Menschen in das Staatswesen integriert und nicht ausgrenzt, sie als Glied des Staates und nicht als "Last" oder "Kostenstelle" versteht.

Davon ausgehend haben der Sozialverband Deutschland (SoVD) und die Volkssolidarität 2008 eine gemeinsame Initiative "Sozialabbau stoppen. Sozialstaat stärken."² ins Leben gerufen, die mit vielfältigen Initiativen die Positionen der Verbände erneut an die Mitglieder sowie Bürger aus den neuen und alten Bundesländern herantrug. Allein rd. 200.000 Bürger bekannnten sich durch ihre Unterschrift zum Anliegen der Initiative.

Die in Deutschland lebenden Bürger haben einen unterschiedlichen Zugang zum Leben im Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland: die einen wurden hineingeboren, die anderen wanderten zu und wiederum ein anderer Teil bekannnte sich 1990 mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten durch "Beitritt" zur Bundesrepublik und den im Grundgesetz fixierten Sozialstaatszielen und lebt seitdem im vereinten Deutschland.

Die Mehrheit der Bürger der neuen Bundesländer bewertet für sich die vollzogene Einheit mit Gewinnen, anerkennt die erfolgten Veränderungen in vielen Bereichen des Lebens, vor allem hinsichtlich der erreichten Freiheits- und Demokratiegewinne. Aber nach wie vor - das belegt der Bericht zur Deutschen Einheit 2008³ - ist die Vereinigung noch nicht vollständig vollzogen, neben hervorragenden Leistungen und Entwicklungen stehen Defizite und Gerechtigkeitslücken. Im Besonderen in der sozialen und mentalen Vereinigung besteht noch Nachholbedarf.

Hinsichtlich der Aufgaben und Ziele des Sozialstaates ist die Diskussion in der Bundesrepublik seit 1989/1990 neu belebt worden. Dabei sind aus Sicht der neuen Bundesländer folgende Entwicklungen in der Diskussion um "weniger" oder "mehr" Sozialstaat unverkennbar:

- a) Spätestens mit dem Zerfall des RGW und des Bündnisses osteuropäischer Staaten waren alle Kräfte auf dem Plan, welche den bundesdeutschen Sozialstaat systematisch überwinden wollten. Niemand bestreitet, dass das "Soziale" im "Systemwettbewerb" nicht nur in der DDR zu entsprechend hohen Ansprüchen und Ausgaben führte. Gleiches galt auch für die Bundesrepublik: "Man wollte zeigen, dass das westdeutsche Modell der sozialen Marktwirtschaft dem DDR-System nicht nur ökonomisch haushoch überlegen war, sondern zudem über ein gut ausgestattetes soziales Sicherungssystem verfügte."⁴ Folgerichtig begann sofort nach 1990 nicht nur das systematische Zurückfahren existenter Leistungen, sondern ein verstärktes Bemühen um einen System-/Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik.

¹ Vgl. Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz vom 4.11.2006.

² "Sozialabbau stoppen. Sozialstaat stärken.", eine gemeinsame Initiative von Sozialverband Deutschland (SoVD) und Volkssolidarität, Positionsmaterial, Berlin 2008.

³ Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2008; Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin 2008.

⁴ Schreiner, Ottmar: Die Gerechtigkeitslücke, Propyläen - Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin 2008, S. 17.

- b) Mit der Agenda 2010 setzte die damalige rot-grüne Koalition die Umbaustrategien in einem bis dato unbekanntem Tempo und Umfang durch. Das betraf den Abbau sozialer Sicherungen auf dem Arbeitsmarkt (Hartz IV) und im Gesundheitswesen ebenso wie in der Alterssicherung. Gleichzeitig wurden die Staatskassen durch Steuersenkungen für die Wirtschaft und Leistungssenkungen für Arbeitnehmer, Arbeitslose und Senioren "entlastet". Es begann ein Jahrzehnt mit "ungewöhnlichen Verlusten des Staates an finanziellen Ressourcen und politischen Entscheidungskompetenzen"⁵. Existente Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur, der Globalisierung der Umweltentwicklung führten seitens der ökonomisch und politisch Herrschenden keineswegs zur Forderung nach mehr Staat, sondern nach Abbau staatlichen Einflusses. Mit rd. 114 Milliarden Euro wird der Abbau des Sozialen inzwischen angesetzt, insbesondere durch Absenkung der Arbeitslosen- und Sozialhilfeleistungen, durch Eingrenzungen im Gesundheitsbereich und de facto Senkung der Renten sowie Rückfahren der Ausgaben für soziale und kulturelle Infrastrukturen - insbesondere im ländlichen Bereich.
- c) 2008 begann - begünstigt durch den Bankencrash in den USA - ein scheinbares Umdenken in Richtung erneuter verstärkter staatlicher Regulierungen. Es ist nicht vermittelbar, dass Milliarden von Steuermitteln zur "Stabilisierung" privater Gewinne in kürzester Frist zur Verfügung standen und eingesetzt wurden, während z.B. die Diskussion um Finanzierung von Kindereinrichtungen oder die Angleichung der Ostrenten - mit einem nicht vergleichbaren geringen Finanzbedarf - jahrelanger Diskussionen bedürfen, und das wegen angeblich fehlender Mittel.

Es erweist sich jedoch auch, dass eine zunehmende staatliche Regulierung (vgl. Gesundheitsfonds) entsprechender Instrumente der Selbstverwaltung und der Kontrolle bedarf (und nicht nur der Eigenkontrolle der jeweiligen Institutionen).

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund eines steten Sozialabbaus und damit verbundenen Umbaus des Sozialstaates durch immer neue Instrumente zur Einschränkung von Sozialleistungen und Umverteilung von unten nach oben wurden die zunehmende Spaltung der Gesellschaft forciert und die Forderung nach "sozialer Gestaltung" bzw. Rücknahme eingeleiteter Maßnahmen des Sozialabbaus stärker.

Die Abkehr von einer überzogenen "Deregulierung" wird in den nächsten Jahren die Chance bieten, einige Entwicklungen zugunsten der Mehrheiten in diesem Land mittels Sozialreformen und Re-Reformen zu korrigieren bzw. neu zu gestalten und der Diskussion um das Verhältnis von Staat und Sozialem neue Impulse zu verleihen.

Sozialreformen, ihre erklärten Ziele und realen Wirkungen werden vom Bürger in unterschiedlichem Maße verstanden und reflektiert. Die Volkssolidarität hat 2008 eine Befragung der Bürger der neuen Bundesländer (ab 18. Lebensjahr) zu ihren Positionen, ihren Erwartungen und erreichten Veränderungen - bezogen auf die Sozialreformen in Deutschland - in Auftrag gegeben. Betrachtet man die jetzt vorliegenden Ergebnisse der Analyse zu den Auffassungen der ostdeutschen Bürger zu Sozialreformen, so ist hervorzuheben:

Erstens ist die Erkenntnis wichtig, dass die Bürger der neuen Bundesländer für den Sozialstaat sind und ihn zu reformieren für dringend erforderlich halten und das mit einer sozialeren Ausrichtung verbinden. 86 % der ab 18-jährigen Bürger, welche einer notwendigen Reformierung zustimmen, sind einerseits ein Bekenntnis zum Sozialstaat, andererseits aber auch eine vernichtende Einschätzung der bisherigen Wirksamkeit der "Reformschritte" der Bundesregierung bzw. des Bundestages seitens der "Betroffenen".

Das belegt im Besonderen der hohe Anteil an Bürgern, die sich als Verlierer bisheriger Maßnahmen der Sozialreform fühlen und trotzdem Sozialreformen für notwendig erachten. Das kann als Indikator dafür gewertet werden, dass die bisherigen Maßnahmen sich gegen die Interessen der Mehrheiten richten und eine Umkehr des mit den eingeleiteten Maßnahmen vollzogenen Richtungswechsels erforderlich ist. Nur 4 % der Bürger der neuen Bundesländer sehen sich als Gewinner der Sozialreformen (ins-

⁵ Vgl. Bofinger, Peter: Das Jahrzehnt der Entstaatlichung, WSI- Mitteilungen 07-08, S. 351-357.

besondere höhere Einkommensgruppen), aber 57 % als Verlierer (insbesondere Arbeitslose und 50- bis 60-Jährige).

Im Gegensatz dazu verweisen die Bürger in ihren Bewertungen auf die ihrer Meinung nach wirklichen Gewinner und Verlierer der Sozialreformen: Als Gewinner werden vor allem die Banken und Versicherungen (76 %), der Staat (62 %) sowie Unternehmer (53 %) angesehen, während als "Verlierer" Arbeitnehmer (66 %), Arbeitslose (58 %), Senioren (55 %) sowie Kinder und Jugendliche (45 %) gekennzeichnet werden.

Die "gefühlte" Wirkung der Sozialreformen ist auch Grundlage einer zunehmenden sozialen Verunsicherung, welche ihren Ausdruck im Besonderen darin findet, dass von einer weiteren Verschlechterung der Zukunftsaussichten ausgegangen wird (59 %), sowie zunehmenden sozialen Ängsten. Gegenwärtig werden Befürchtungen und Ängste von der Furcht vor weiterem Sozialabbau dominiert (80 %), erst dann folgen Befürchtungen bezogen auf die eigenen finanziellen Verhältnisse bzw. davor, in Armut oder ins "soziale Abseits" zu geraten.

Zweitens stehen die von den Bürgern für erforderlich gehaltenen Ziele der Sozialreformen im Gegensatz zu dem verbreiteten Klischee, dass es den Bürgern mehrheitlich nur um "mehr Staat" im Sinne einer "Vollkaskotalität" ginge, welche stetig mehr Leistungen einfordere. Die Untersuchung belegt das Gegenteil. Der von den Bürgern erhobene Anspruch an Sozialreformen ist vorrangig mit Maßnahmen zur Herstellung von Chancengleichheit in den Bereichen Bildung, Gesundheit und zwischen den Geschlechtern verbunden und erst dann mit Maßnahmen zur Einkommenssicherung im Erwerbsleben und im Alter sowie Gewährleistung von Vollbeschäftigung.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen sehen die Bürger in einer Verbreiterung der solidarischen Grundlagen der sozialen Sicherungssysteme den Hauptweg notwendiger Reformen. Das heißt, dass sowohl eine Erwerbstätigenversicherung in Bezug auf die Alterssicherung und eine umfassende Bürgerversicherung in der Krankenversicherung Priorität vor allen Modellen "privater Vorsorge" haben. Das schließt zugleich höhere Anforderungen an steuerfinanzierte Beiträge des Staates (d.h. aller seiner Bürger) ebenso wie die Beibehaltung paritätischer Leistungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein.

Gerade mit der Bildung des Gesundheitsfonds werden steigende Kassenbeiträge und sinkende Beiträge zur Arbeitslosenversicherung so gekoppelt, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer z.T. entlastet, Rentner voll zur Kasse gebeten werden. 2009 beginnt dann die nur noch von den Arbeitnehmern und Rentnern zu tragende kassenspezifische Zahlung von Zusatzbeiträgen als verkappte Beitragserhöhungen.

Insgesamt belegen die Entwicklungen in den neuen Ländern, dass niedrige Lohnnebenkosten weder zu rasanterer Wirtschaftsentwicklung noch zu einer Angleichung der stetig doppelt so hohen Arbeitslosenquote im Vergleich zu den alten Bundesländern geführt haben.

Drittens hat unbestrittenermaßen die sog. "Agenda 2010" nicht nur zum Sozialabbau, sondern auch zu Positionsprüfungen in Bezug auf Demokratie und demokratisches Verhalten beigetragen. Das Interesse an Politik ist seit 2005 deutlich geringer geworden und mangelndes/kein Interesse gestiegen. Während 2005 noch 49 % der Bürger starkes Interesse bekundeten, sind es 2008 nur noch 37 %. Kein bzw. geringes Interesse bekunden vor allem Arbeitslose, in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen Beschäftigte, Bürger ohne beruflichen Abschluss, im Besonderen aber Empfänger mit geringem individuellen und familiären Einkommen sowie sich selbst der "Unterschicht" Zuordnende.

In diesem Zusammenhang ist auch festzustellen, dass auch die Politik seit Beginn des Jahrtausends auf Wertungen und Befindlichkeiten der Bürger wirkt. Speziell in den neuen Bundesländern wurden damit auch Positionen im und zum Staat, staatlichen Institutionen und der Identifikation mit dem Staat, seinen Zielen und seiner Sozialpolitik beeinflusst.

Bis in die Gegenwart ist die Haltung zum bundesdeutschen Institutionengefüge - was die neuen Bundesländer betrifft - unterschiedlich ausgeprägt. Kennzeichnend ist vor allem Folgendes (2008):

- a) Es gibt eine seit Jahren relativ stabile, sich kaum bewegende "innere Bindung" an die Bundesrepublik. Mit ihr sehr stark/ziemlich stark verbunden fühlen sich 43 % der ab 18-jährigen Bürger der

neuen Bundesländer (inkl. Ost-Berlin), 52 % fühlen sich wenig bzw. gar nicht verbunden. Stark verbunden fühlen sich vor allem überdurchschnittlich unter 25-Jährige (58 %) sowie Bezieher eines individuellen Nettoeinkommens von über 2.000 Euro (58 %) und Beamte (66 %).

- b) Extremer auseinandergehend, aber insgesamt gering ausgeprägt ist das Vertrauen in staatliche Institutionen. Volles/viel Vertrauen in die Bundesregierung haben 13 %, sehr wenig/kein Vertrauen 52 %. Auch hier zählen zu den Letzteren vor allem Arbeitslose (70 %) und Arbeiter (60 %) sowie Befragte mit geringem Pro-Kopf-Familien-Einkommen (unter 750 Euro - 64 %). Analoge Strukturen weisen die Aussagen bezogen auf den Bundestag aus (12 % viel Vertrauen - 55 % wenig/kein Vertrauen).
- c) 22 % der Bürger der neuen Bundesländer identifizieren sich mit der Bundesrepublik Deutschland, 62 % fühlen sich (noch) nicht als Bundesbürger, möchten aber auch nicht wieder ein System wie die DDR wiederhaben. Die Ergebnisse belegen, dass sich als "Gewinner" des Vereinigungsprozesses vor allem Befragte mit einem Nettoeinkommen über 2.000 Euro (41 %), Beamte (37 %) sowie Hochschulabsolventen (36 %) sehen, aber im Besonderen junge Menschen (40 %). Am wenigsten identifizieren sich Arbeitslose (8 %). Wenn auch insgesamt 11 % "die DDR wiederhaben" wollen, so ist unverkennbar, dass es dabei nicht um das politische System geht, sondern um bestimmte Seiten der sozialen Orientierung und Realität - z.B. im Bereich der Arbeitsplatzsicherung sowie in bestimmten Leistungen in sozialen und kulturellen Bereichen. Es ist keineswegs der verklärende "Rückblick", der die Haltung zur Bundesrepublik beeinflusst, sondern insbesondere der soziale Status der Gegenwart (was bei Einzelnen einen zeithistorischen Vergleich durchaus nicht ausschließt - dabei ist es auch für die alten Länder charakteristisch, dass sich Arbeitslose überdurchschnittlich in der BRD "nicht wohl fühlen").

In immer stärkerem Maße wird nach Wahlen festgestellt, dass sich der Wähler von den etablierten "Volksparteien" abwendet, hin zu Wählervereinigungen und kommunalen Bündnissen (vgl. Landtagswahlen in Bayern 2008, Kommunalwahlen in Brandenburg 2008). Es ist jedoch offensichtlich, dass dies im hohen Maße mit dem für den Bürger spürbaren Einfluss auf die Gestaltung seiner Lebensverhältnisse zu tun hat.

Da es keine neue Erkenntnis ist, dass soziale Stabilität nicht nur die ökonomische Stabilität, sondern auch die politische Stabilität beeinflusst, ist Vertrauensgewinn in Bezug auf die "soziale Politik" eine Bedingung zur Überwindung politischen Desinteresses und Förderung des "aktiven" Bürgers.

Viertens haben in den letzten Jahren - wie immer zu Zeitpunkten, wenn es um mehr Leistungen seitens des Staates geht - die Diskussionen um Privatisierung und Individualisierung des Sozialen sowie individuellen Missbrauchs erneut zugenommen. Leistungsempfänger stehen unter Generalverdacht, Unterstützungen zu erhalten, die ihnen eigentlich nicht zukommen, wenn sie eine anständige Moral hätten. Da werden ständig arbeitslose Hartz IV-Empfänger durch die Medien präsentiert, die zu faul, zu unselbstständig, zu ungebildet und nicht zuletzt auch verwaorlost (Beck) sind, ebenso wie Sozialhilfeempfänger, die das den Kindern zustehende Geld zweckentfremdet für sich verwenden. Da sind Rentner, die pauschal als "Schmarotzer" (Herzog) gekennzeichnet werden, aber auch Ausländer und die Osis generell (bis auf jene, die in den Westen umsiedeln) usw. usf.. Zum Missbrauch bei Hartz IV äußerte P. Struck (Fraktionsvorsitzender der SPD): "Wir müssen deutlich machen, dass das ausgezahlte Geld Steuerzahlergeld ist, Cent um Cent hart erarbeitet". Es erhebt sich die Frage, wer die Mittel erarbeitet hat, die zur Sicherung privater Banken und Gewinne vom Staat bereitgestellt und welche zur Bankensicherung eingesetzt werden.

Nun kann man niemanden daran hindern, ein solches Bild von Staatsbürgern oder in diesem Land Lebenden zu verbreiten, indem man ihnen individuellen Missbrauch als Charaktermerkmal zuordnet. Wenn aber Wissenschaftler feststellen, dass eigentlich 132 Euro zum Leben reichen, dann erfüllen sie damit ihren "Auftrag", indem sie rd. 10 Millionen Leistungsempfänger (ohne Rentner und Ausländer) unter Generalverdacht stellen, weil sie eigentlich zu viel erhalten. Die Realitäten der moralischen Verwerfungen werden damit völlig einseitig dargestellt und führen zu einer Schiefelage der medialen und politischen Darstellung.

Das Problem ist jedoch, dass es Wirkung zeigt und die öffentliche Meinung gezielt beeinflusst. Dafür stehen folgende Fakten: Rd. 60 % aller Bürger unterstützen die Auffassung, dass den Sozialstaat zu reformieren auch am Missbrauch von Sozialleistungen durch einzelne Bürger liegt, nur 17 % wenden sich dagegen (insbesondere Empfänger von Sozialleistungen und Bürger mit höheren Einkommen). Während im Allgemeinen von einer Missbrauchsquote z.B. bei Hartz IV von 0,5 Prozent⁶ ausgegangen wird, stehen - im Ergebnis o.g. einseitiger Darstellungen - die Annahmen der Bürger dem fundamental entgegen und unterstützen damit ungewollt eine auf weitere Leistungssenkungen orientierende Politik.

Fünftens ist inzwischen das Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme in hohem Maße verloren gegangen. Nur 10 % der Bürger unterstützen "vertrauensvoll" das gegenwärtige System, über ein Drittel hat nur noch wenig bzw. kein Vertrauen mehr. Das ist ohne Zweifel nicht allein dem bereits erfolgten Abbau von Sozialleistungen geschuldet, sondern einer permanenten Diskussion um weitere Kürzungen in allen Bereichen der Sozialpolitik. Es vergeht kein Tag, an dem nicht extremste Vorschläge unterbreitet werden, so dass der Bürger am Ende jeden Leistungseingriff mit "es hätte schlimmer kommen können" akzeptiert. Andererseits stoßen Vorschläge zur verbesserten Ausgestaltung bzw. Rücknahme von erfolgten Kürzungen - kaum geäußert - auf Widerstand von vielen Seiten. Dabei ist nicht zu übersehen, dass die "Meinungsmacher" - d.h. Politik und Medien - im hohen Maße persönlich nicht in die gesetzlichen Leistungssysteme eingebunden sind und demzufolge - in vielen Fällen mit guten und hohen Einkommen ausgestattet - von "außen" kommentieren.

Die Untersuchungen bestätigen: Die Bürger erwarten auch in den nächsten Jahren zunehmende finanzielle Belastungen im Sozialbereich und eine Abnahme der dafür gewährten Leistungen. Das ordnet sich in eine Entwicklung sinkender Lohnquoten, künftig abnehmender Rentenzahlbeträge und sinkender Realeinkommen generell ein.

Es ist und bleibt ein Anliegen der Arbeit der Sozial- und Wohlfahrtsverbände - so auch der Volkssolidarität - sowie der Gewerkschaften, immer wieder auf vorhandene und zunehmende Ungerechtigkeiten zu verweisen und Vorschläge zu ihrer Überwindung zu machen. Anerkennung erreichter Verbesserungen darf sich nicht der kritischen Analyse verschließen und gerechtfertigte Forderungen im Interesse der Mitglieder verhindern. Der Erfolg dieser Arbeit hinsichtlich der Ausgestaltung sozialer Sicherungssysteme wird jedoch nicht nur von der Forderung nach einer breiteren Solidarbasis zur Finanzierung der Sozialpolitik abhängen, sondern auch vom erkennbaren solidarischen Verhalten zur Durchsetzung berechtigter Forderungen.

Prof. Dr. Gunnar Winkler
Präsident

⁶ Leiber, Simone/Müller-Schoell, Till/Seine, Britta: Missbrauch und Kostenexplosion bei Hartz IV? WSI-Thesen zur aktuellen Reformdiskussion, Düsseldorf 2005; vgl. auch: Familienarmut - die Kinder kommen zuerst, in: Böckler-Impuls 14/2008, S. 5.

Hauptaussagen der Studie

1. Die Reformierung des Sozialstaates wird von der Mehrheit der Bürger der neuen Bundesländer für notwendig befunden.
2. Die Ursachen für die Reformierung des Sozialstaates werden in den demografischen Veränderungen, Finanzierungsproblemen des Staates sowie zu hohen Sozialausgaben bzw. im Leistungsmissbrauch gesehen und sind Spiegelbild medialer "Leitbilder".
3. Für die Mehrheit der Bürger verbinden sich mit den bisher erfolgten Maßnahmen zum Umbau des Sozialstaates individuell empfundene Verluste. Sozialreformen werden mehrheitlich nicht als etwas "Gutes" für den Einzelnen gesehen.
4. Als "Gewinner" der Sozialreformen werden vor allem die Banken und Versicherungen, der Staat und private Unternehmen, als "Verlierer" dagegen generell Arbeitnehmer, behinderte Menschen, Senioren und Arbeitslose gesehen.
5. Die wirklichen Ziele der gegenwärtigen Reformen zum "Umbau" des Sozialstaates werden seitens der Bürger vorrangig in der Senkung der staatlichen Ausgaben und im Abbau staatlicher Verantwortung gesehen. Erhalt der SV-Systeme, Bewältigung des demografischen Wandels, erhöhte soziale Sicherheit und Umverteilung des Reichtums werden dem nachgeordnet.
6. Priorität bei der Zielsetzung des Sozialstaates sollte aus Sicht der Bürger in den neuen Ländern die Gestaltung von Gerechtigkeitsbedingungen in Bezug auf Gesundheit, Bildung und Gleichberechtigung haben. Dem nachgeordnet werden Ziele der Grundsicherung durch Mindesteinkommen, Lebensstandardsicherung im Alter und Vollbeschäftigung.
7. Es gibt eine sehr hohe Unzufriedenheit mit der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland. Insbesondere Ältere, Niedrigeinkommensbezieher und Arbeitslose sind unzufrieden im Gegensatz zu den Angehörigen der oberen Mittelschicht (bzw. Oberschicht) sowie den Beamten und Empfängern höherer Einkommen.
8. Die Bürger der neuen Bundesländer sehen in der Sicherung eines von der Leistung abhängigen erreichten Lebensniveaus das vorrangige Anliegen der staatlichen Sozialpolitik. Eine Minimalisierung für alle hat den Vorrang vor einer Grundsicherung nur für Bedürftige.
9. Die Bürger der neuen Bundesländer setzen beim Ausbau des Sozialstaates nicht vorrangig auf "mehr Staat" durch staatliche Absicherung, sondern auf breitere solidarische Grundlagen. Private Vorsorge findet nur sehr geringe Zustimmung.
10. Unter der Vielzahl von aktuellen Vorschlägen zur Finanzierung des Sozialstaates gibt es seitens der Bürger eine eindeutige Orientierung auf Ausdehnung der solidarischen Grundlagen sowie der höheren Beteiligung derer, die über Reichtum verfügen.
11. Hinsichtlich der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme werden bei einer alternativen Entscheidung Prioritäten vor allem durch die Verbreiterung der Solidarbasis (Pflichtversicherung für alle) sowie Steuern und Erhalt der Paritäten der Beitragszahlung gesehen. Private Vorsorgemodelle finden kaum Unterstützung.
12. Soziale Sicherung in den sog. "Wechselfällen des Lebens" (Krankheit, Arbeitslosigkeit, Armut, Alter) wird durch die Gewährung eines gesicherten Einkommens von rd. zwei Dritteln der Bürger als Sache des Staates betrachtet, gefolgt von den Sozialversicherungskassen (rd. jeder zweite). Die Solidargemeinschaft bzw. die private Vorsorge werden deutlich nachgeordnet.
13. Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme insgesamt - bezogen auf den Zeitraum der nächsten fünf bis zehn Jahre - ist nur in geringem Maße vorhanden (10 %), über ein Drittel der Bürger haben wenig bzw. kein Vertrauen. Es ist am höchsten in Bezug auf die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) (18 %), am geringsten in die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) (11 %).

14. Das Alterseinkommen sollte nach Auffassung von mehr als der Hälfte der Bürger vor allem von der Zahl der individuell geleisteten Erwerbsjahre und den gezahlten Beiträgen abhängig sein. Modelle eines steuerfinanzierten Grundeinkommens bzw. einer bedarfsabhängigen Grundrente finden geringere Unterstützung.
15. In der Familienpolitik finden sozialpolitisch vor allem die gebührenfreie Versorgung/Betreuung von Kindern in Einrichtungen sowie ein der Preisentwicklung angepasstes Kindergeld Unterstützung. Die eigenständige Sicherung der Frauen und Männer durch Erwerbsarbeit wird vor allem von Älteren eingefordert, Erziehungsgeld von Jüngeren.
16. Die Ursachen für die finanziellen Leistungsbeschränkungen des Staates werden vor allem in der Steuerpolitik zu Gunsten der Unternehmen/Wirtschaft, internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik sowie internationalen Preisentwicklungen gesehen, interne Faktoren wie demografische Entwicklung, Leistungsmissbrauch und zu hohe Sozialleistungen deutlich nachgeordnet.
17. Rund 70 % der Bürger sprechen sich dagegen aus, dass Leistungen des Sozialstaates ohne jegliche Bedingungen gewährt werden. Leistungsbezug wird vor allem mit der Bereitschaft, "selbst etwas zu tun", und "Bedürftigkeit" verbunden, eigene Leistungen für die Gesellschaft (z.B. Kinderzahl) haben geringeren Stellenwert.
18. Die Gewährung von Leistungen wird mehrheitlich an die Bereitschaft zur Erwerbstätigkeit gebunden. Das Vorhandensein von Vermögen und die "Kontrolle" der Formen partnerschaftlichen Zusammenlebens finden geringere Unterstützung. Zwei Drittel der Bürger sind gegen die Zahlung von Sozialleistungen, wenn zumutbare Arbeiten abgelehnt werden.
19. Jeder vierte Bürger der neuen Bundesländer ist der Meinung, dass wer arbeiten will auch Arbeit finden würde, nochmals die Hälfte stimmt dem teilweise zu. Einer "Pflicht" zur Arbeit geben drei Viertel der Bürger ihre Zustimmung.
20. Rund 40 % der unter 60-jährigen Bürger sind in den letzten Jahren in den unterschiedlichsten Formen von arbeitsmarkt- und einkommenspolitischen Maßnahmen "betroffen" - Frauen stärker als Männer. 33 % der über 60-Jährigen erhalten eine Rente mit Abschlägen.
21. Die von den Befragten erwarteten Veränderungen im Ergebnis weiterer Maßnahmen der Sozialreformen sind eindeutig: Es werden einerseits steigende Belastungen, insbesondere in Bezug auf Beiträge und andererseits sinkende soziale und gesundheitliche Leistungen erwartet.

1. Die Reformierung des Sozialstaates wird von der Mehrheit der Bürger der neuen Bundesländer für notwendig befunden.

Tabelle 1: "Ist Ihrer Meinung nach die Reformierung des Sozialstaates notwendig?"
- neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -

	ins-ge-samt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männ-lich	weib-lich	unt. 25 Jahren	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. älter	erw.-tätig	arb.los/apM.
ja	49	54	44	45	50	49	54	47	51	51
teilweise	37	36	38	39	41	39	32	34	39	32
nein	3	4	2	1	2	4	4	2	2	6
ich weiß nicht	8	4	12	14	6	7	6	9	6	10
ohne Antwort	3	3	4	-	1	2	3	8	2	1

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

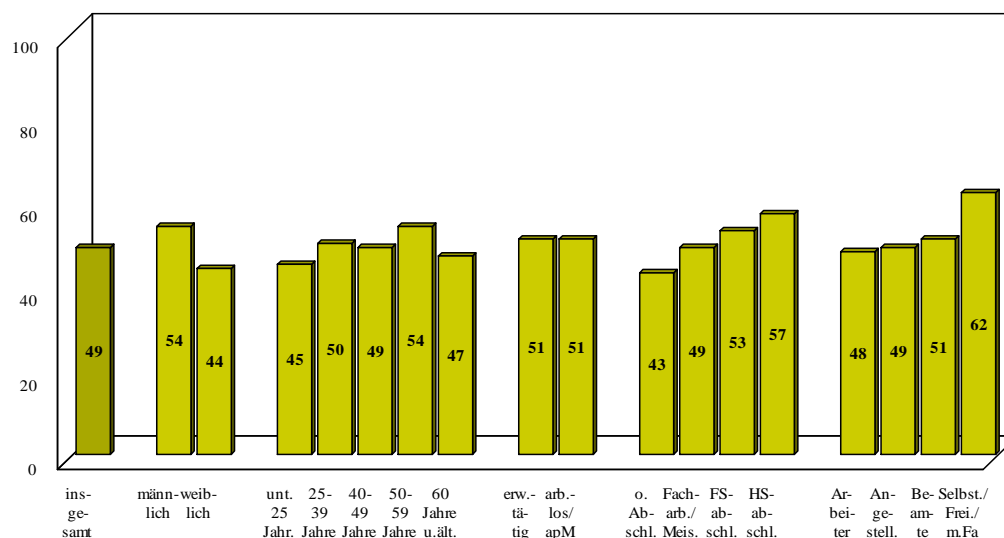
Im Gegensatz zu verbreiteten Annahmen hält die überwiegende Mehrheit der Bürger der neuen Bundesländer die Reformierung des Sozialstaates für notwendig, 49 % stimmen dem absolut zu, 37 % teilweise, nur 3 % wenden sich direkt dagegen (11 % "ich weiß nicht" bzw. "ohne Antwort"). Vorhandene Differenzierungen sind relativ gering. Dabei sind die Motive zur Unterstützung von Sozialreformen durchaus unterschiedlich z.B. zwischen Arbeitnehmern und Selbstständigen bzw. der sozialen Situation des Einzelnen. Während Arbeitnehmer beim Ausbau des Sozialstaates stärker auf eine breitere Solidarbasis und staatliche Absicherung setzen, gehen Selbstständige und Höherverdienende eher von mehr privater Vorsorge aus (vgl. auch Punkt 9).

Wenn die höchste Zustimmung zur notwendigen Reformierung durch Selbstständige/mithelfende Angehörige/Freischaffende (62 %) sowie 50- bis 59-Jährige (54 %) erfolgt, reflektiert das jedoch z.T. unterschiedliche Positionen über die dahinter verborgenen Inhalte.

Unterdurchschnittlich wird die Reformierung des Sozialstaates unterstützt von der Altersgruppe unter 25 Jahren (45 %), Befragten ohne beruflichen Abschluss (43 %) sowie Frauen (44 %).

Hinzuweisen ist auf den hohen Anteil von Befragten ohne beruflichen Abschluss (14 %) und Jüngeren (14 %), die mit "ich weiß nicht" antworten.

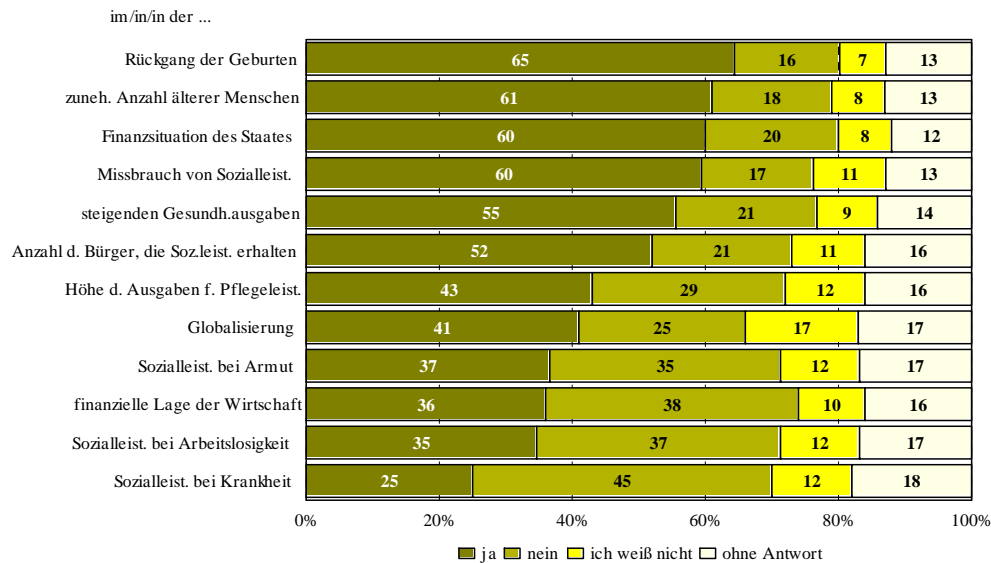
Abbildung 1: "Ist Ihrer Meinung nach die Reformierung des Sozialstaates notwendig?"
- neue Bundesländer - 2008 - in Prozent - (nur Antwort: "ja")



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

2. Die Ursachen für die Reformierung des Sozialstaates werden in den demografischen Veränderungen, Finanzierungsproblemen des Staates sowie zu hohen Sozialausgaben bzw. im Leistungsmissbrauch gesehen und sind Spiegelbild medialer "Leitbilder".

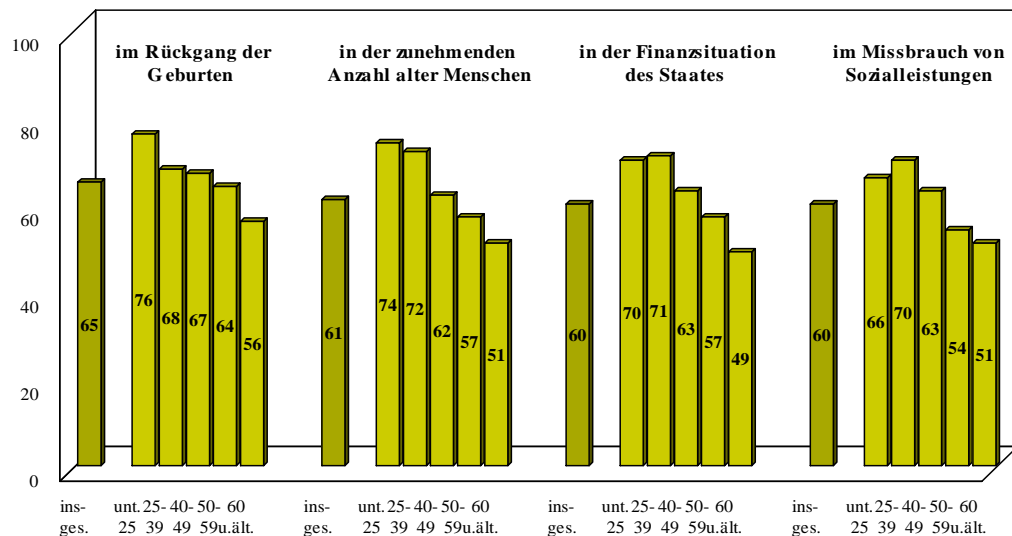
Abbildung 2.1: "Wenn Ihrer Meinung nach der Sozialstaat zu reformieren ist, liegen die Ursachen dafür ...?" - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent - (Mehrfachantworten möglich)



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Die für notwendige Reformen von den Bürgern benannten Ursachen für die notwendige Reformierung des Sozialstaates reflektieren die Wirksamkeit der von der Politik und den Medien transportierten Begründungen - insbesondere bei jüngeren Bürgern. An der Spitze stehen demografische Entwicklungen (Rückgang der Geburten = 65 % sowie der zunehmende Anteil älterer Menschen = 61 %), die Finanzsituation des Staates (60 %), sowie der Missbrauch von Sozialleistungen (60 %). Rd. zwei Drittel der Bürger stimmen diesen "Hauptursachen" zu. Steigende Ausgaben für Sozialleistungen (z.B. im Gesundheitswesen), zunehmende Anzahl von Bedürftigen/Leistungsempfängern sind dem nachgeordnet und rangieren noch hinter dem "gefühlten" Missbrauch, obwohl dieser in der Realität bei ca. 1 % der Leistungsempfänger z.B. bei Hartz IV liegt. Die nationale und internationale Finanzsituation des Staates und der Wirtschaft werden nur von einem Drittel der Bürger als Ursache angesehen

Abbildung 2.2: "Wo liegen Ihrer Meinung nach die Ursachen für die Reformierung des Sozialstaates?" - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

3. Für die Mehrheit der Bürger verbinden sich mit den bisher erfolgten Maßnahmen zum Umbau des Sozialstaates individuell empfundene Verluste. Sozialreformen werden mehrheitlich nicht als etwas "Gutes" für den Einzelnen gesehen.

Tabelle 3: "In den letzten Jahren hat es eine Vielzahl von Maßnahmen zum Umbau des Sozialstaates (Sozialreformen) gegeben. Wenn Sie das bezogen auf Ihre Situation betrachten, haben Sie dadurch ...?" - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -

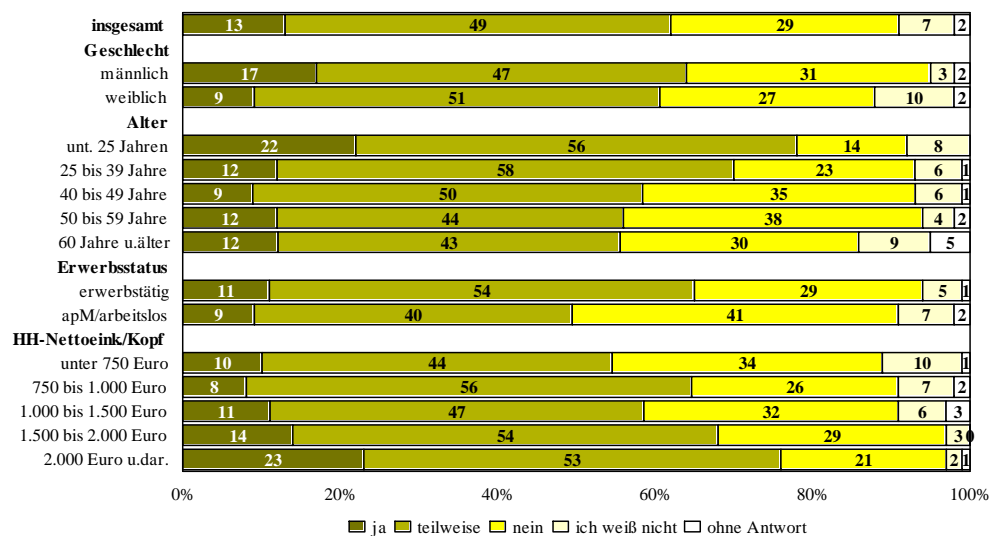
	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	unt. 25 Jahren	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. älter	erw.-tätig	arb.los/apM.
vor allem Gewinne	1	2	0	2	2	0	0	1	1	
mehr Gewinne als Verluste	3	3	3	7	3	2	2	3	4	0
Gewinne/Verluste sind gleich groß	24	24	24	19	26	25	21	25	27	15
mehr Verluste als Gewinne	43	43	42	35	45	46	48	40	47	49
vor allem Verluste	14	15	13	3	13	17	19	15	10	33
trifft für mich nicht zu	14	13	15	33	11	9	8	14	10	3
ohne Antwort	2	1	2	2	0	1	1	3	2	0

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Die Bewertung der Wirksamkeit der bisherigen Sozialreformen auf die Situation des einzelnen Bürgers ist überwiegend negativ und steht im Gegensatz zum "wirtschaftlichen Aufschwung". Nur 4 % der Bürger sehen die bisherigen Sozialreformmaßnahmen für sich als Gewinn, für 24 % sind diese sowohl mit Gewinnen als auch mit Verlusten verbunden. Die Mehrheit (57 %) sieht für sich vor allem Verluste (14 % trifft nicht zu/2 % ohne Antwort). Verluste beklagen im besonderen Maße die Altersgruppen der 50- bis 60-Jährigen (67 %), die Arbeitslosen (82 %) sowie Bürger mit einem Haushaltsnettoeinkommen/pro Kopf unter 750 Euro (69 %).

Sozialreformen werden aufgrund eigener Erfahrungen und ihrer Akzeptanz von Sozialreformen nur von 13 % mit "etwas Gutem" verbunden. Rd. die Hälfte (49 %) äußert "teilweise". Positive Wertungen erfolgen vor allem durch junge Menschen (22 %), höhere Einkommensbezieher (23 %) sowie Selbstständige/Freischaffende (22 %). Im Gegensatz dazu verneinen Arbeitslose (41 %) sowie 50- bis 60-Jährige (38 %), dass Sozialreformen für sie sich mit "etwas Gutem" verbinden.

Abbildung 3: "Verbindet sich für Sie mit dem Begriff 'Sozialreform' eher etwas Gutes?" - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

4. Als "Gewinner" der Sozialreformen werden vor allem die Banken und Versicherungen, der Staat und private Unternehmen, als "Verlierer" dagegen generell Arbeitnehmer, behinderte Menschen, Senioren und Arbeitslose gesehen.

Tabelle 4: "Wenn Sie die Frage nach Gewinnen und Verlusten beim Sozialumbau aus Sicht der Gesellschaft betrachten, wer hat dann vor allem Gewinne und Verluste?" - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent - (Mehrfachantworten möglich)

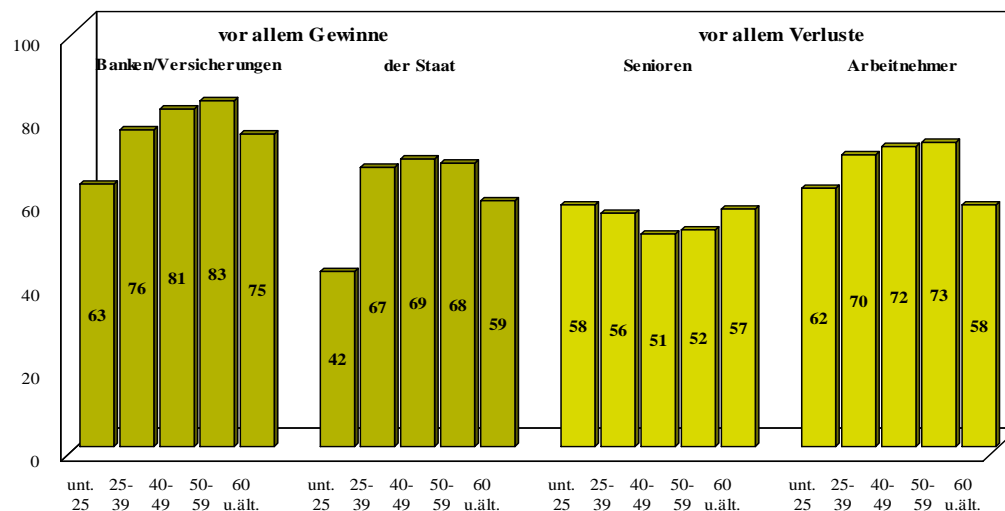
	mehr Gewinne	mehr Verluste	sowohl als auch	ich weiß nicht	ohne Antwort
Banken/Versicherungen	76	1	5	12	6
Betreiber privater Gesundheitseinrichtungen der Staat	64	4	9	17	6
Unternehmer	62	6	14	12	7
private Pflegedienstleister	53	10	22	10	5
Ausländer	49	8	17	20	6
Kommunen/Gemeinden/Städte	26	13	21	33	7
die Wohlfahrtsverbände	24	24	28	19	7
Arbeitslose	14	19	24	35	8
Frauen	8	58	18	10	6
Kinder/Jugendliche	7	38	28	21	6
behinderte Menschen	7	45	27	13	8
Senioren	6	40	20	28	6
Arbeitnehmer	5	55	23	11	6
	5	66	18	6	5

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Die vorgenommene Bewertung der Bürger ist zweigeteilt: Als "Gewinner" werden vor allem Banken, Versicherungen (76 %), private Gesundheitseinrichtungen (64 %), der Staat (62 %) und private Unternehmer (53 %) - im Besonderen im gesundheitlichen Bereich - angesehen. "Verlierer" sind: Arbeitende generell (66 %), Arbeitslose (58 %), Senioren (55 %), Kinder und Jugendliche (45 %), behinderte Menschen (40 %) und Frauen (38 %).

Differenzierte Bewertungen werden vor allem in Abhängigkeit vom Alter sowie vom Einkommen vorgenommen. "Jüngere" und "Ältere" tendieren eher zu moderateren Bewertungen. Dass Senioren die Arbeitnehmer in geringerem Maße als "Verlierer" betrachten, ist offensichtlich unterschiedlichen "Ent- bzw. Belastungen" (z.B. Senkung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung, Beitragshöhe für Pflegeversicherung) geschuldet.

Abbildung 4: "Wenn Sie die Frage nach Gewinnen und Verlusten beim Sozialumbau aus Sicht der Gesellschaft betrachten, wer hat dann vor allem Gewinne und Verluste?" - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent - (nach Altersgruppen)



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

5. Die wirklichen Ziele der gegenwärtigen Reformen zum "Umbau" des Sozialstaates werden seitens der Bürger vorrangig in der Senkung der staatlichen Ausgaben und im Abbau staatlicher Verantwortung gesehen. Erhalt der SV-Systeme, Bewältigung des demografischen Wandels, erhöhte soziale Sicherheit und Umverteilung des Reichtums werden dem nachgeordnet.

Tabelle 5: "Worin bestehen Ihrer Meinung nach die Ziele der gegenwärtigen Reformen zum 'Umbau' des Sozialstaates?" - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent - (nur Antwort: "ja" - Mehrfachantworten möglich)

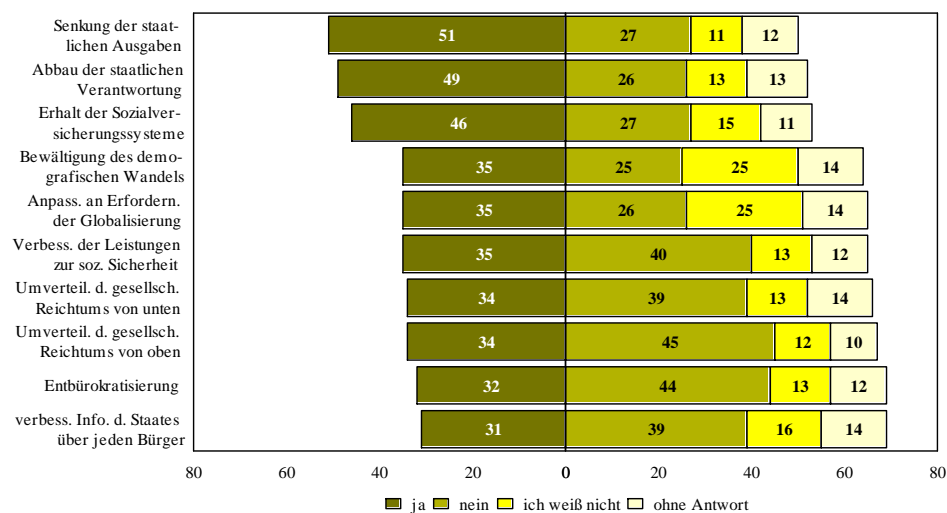
die Ziele bestehen in der/im ...	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	unt. 25 Jahren	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. älter	erw.-tätig	apM./arb.los
Senkung der staatl. Ausgaben	51	60	42	51	59	62	56	36	60	53
Abbau der staatl. Verantwortung	49	59	39	40	54	60	54	39	56	52
Erhalt der Sozialvers.systeme	46	48	45	54	50	44	39	47	46	41
Bewält. d. demograf. Wandels	35	43	28	44	40	37	34	28	41	26
Anpassung an Erfordernisse der Globalisierung	35	42	28	49	39	30	32	31	36	32
Verbess. der Leistungen zur sozialen Sicherheit	35	31	39	46	36	31	28	37	32	39
Umverteilung d. gesellschaftl. Reichtums von unten nach oben	34	41	27	23	33	42	43	30	39	41
Umverteilung d. gesellschaftl. Reichtums von oben nach unten	34	29	37	27	27	29	30	45	27	33
Entbürokratisierung	32	31	33	34	31	27	28	37	28	29
verbesserten Information des Staates über jeden Bürger	31	37	25	33	32	32	35	27	34	32

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Die Meinung der Bürger zu den Zielen der gegenwärtigen Reformen zum Umbau des Sozialstaates reflektiert

- den Vorrang staatlicher Interessendurchsetzung (Ausgabensenkung = 51 %, Abbau staatlicher Verantwortung = 49 %),
- die Reaktionen auf geänderte Rahmenbedingungen (Erhalt der SV-Systeme = 46 %, Bewältigung des demografischen Wandels = 35 %, Anpassung an Globalisierungserfordernisse = 35 %),
- Sozialpolitische Aufgabenstellungen, verbesserte Leistungen für soziale Sicherheit = 35 %, Umverteilung von oben nach unten = 34 %, Umverteilung von unten nach oben = 34 %), die jedoch zuerst genannten Faktoren deutlich nachgeordnet werden.

Abbildung 5: "Worin bestehen Ihrer Meinung nach die Ziele der gegenwärtigen Reformen zum 'Umbau' des Sozialstaates?" - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

6. Priorität bei der Zielsetzung des Sozialstaates sollte aus Sicht der Bürger in den neuen Ländern die Gestaltung von Gerechtigkeitsbedingungen in Bezug auf Gesundheit, Bildung und Gleichberechtigung haben. Dem nachgeordnet werden Ziele der Grundsicherung durch Mindesteinkommen, Lebensstandardsicherung im Alter und Vollbeschäftigung.

Tabelle 6: "Welche sozialen Ziele sollte Ihrer Meinung nach der 'Wohlfahrtsstaat'/Sozialstaat verfolgen?" - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent - (nur Antwort: "auf jeden Fall" - Mehrfachantworten möglich)

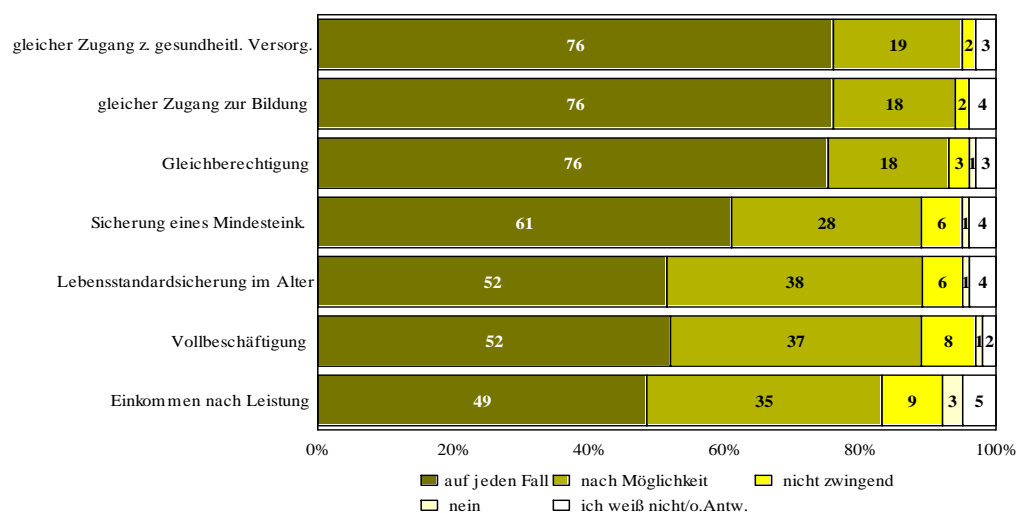
die Ziele bestehen in der/im ...	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	unt. 25 Jahren	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. älter	erw.-tätig	apM./arb.los
gleichen Zugang zur gesundheitlichen Versorgung	76	75	78	76	72	75	76	81	75	76
gleichen Zugang zur Bildung	76	78	73	82	75	76	75	73	76	75
Gleichberechtigung	76	73	79	68	66	77	80	84	73	74
Sicherung eines Mindesteinkommens	61	59	64	51	63	61	65	63	59	69
Lebensstandardsicherung im Alter	52	50	54	47	50	49	51	57	48	60
Vollbeschäftigung	52	55	48	52	42	42	47	66	44	52
Einkommen nach Leistung	49	50	48	45	46	46	50	54	51	39

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Im Gegensatz zu verbreiteten Klischees gibt es bei den Bürgern der neuen Länder vorrangig keine finanziellen Ansprüche an die sozialen Zielsetzungen des Staates. Für drei von vier Bürgern zählen zuvorderst grundlegende Gerechtigkeitswerte im Sinne von "Gleichheitsbedingungen" "auf jeden Fall" zu den erwarteten sozialen Zielen staatlicher Sozialpolitik, für die Hälfte der Bürger gleichermaßen Forderungen nach "Grundsicherung".

Überdurchschnittlich werden die Gerechtigkeitsbedingungen eingefordert in der Bildung von jungen Menschen (82 %), im Zugang zur Gesundheitsversorgung von älteren Bürgern (81 %) und von Frauen in der Herstellung der gleichen Rechte von Frauen und Männern (79 %). Höhere Einkommensgruppen liegen generell unterdurchschnittlich besonders bei Mindesteinkommen (39 %) und Lebensstandardsicherung im Alter (31 %).

Abbildung 6: "Welche sozialen Ziele sollte Ihrer Meinung nach der 'Wohlfahrtsstaat'/Sozialstaat verfolgen?" - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent - (Mehrfachantworten möglich)



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

7. Es gibt eine sehr hohe Unzufriedenheit mit der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland. Insbesondere Ältere, Niedrigeinkommensbezieher und Arbeitslose sind unzufrieden im Gegensatz zu den Angehörigen der oberen Mittelschicht (bzw. Oberschicht) sowie den Beamten und Empfängern höherer Einkommen.

Tabelle 7: "Wie zufrieden sind Sie mit der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland?"
- neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -

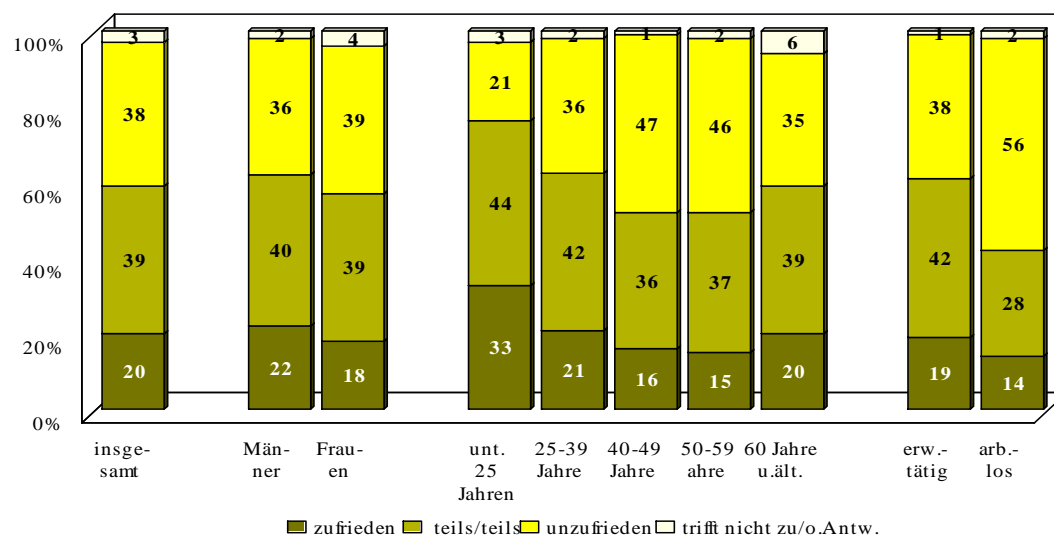
	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	unt. 25 Jahren	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. älter	erw.-tätig	arb.los/apM.
zufrieden	5	6	4	6	7	3	4	4	4	1
teilweise zufrieden	21	21	21	38	25	17	18	15	22	14
unzufrieden	72	72	73	54	67	78	76	76	72	82
trifft nicht zu/ohne Antwort	2	2	3	2	1	2	2	4	1	3

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Die Unzufriedenheit mit der sozialen Gerechtigkeit ist mit 72 % äußerst hoch ausgeprägt (37 % unzufrieden, 35 % sehr unzufrieden). Zufrieden mit der sozialen Gerechtigkeit sind 5 % (darunter 1 % sehr zufrieden) und teilweise zufrieden sind 21 % (2 % ohne Antwort). Eine "überdurchschnittliche" Zufriedenheit liegt vor bei der oberen Mittelschicht (23 %) sowie den Selbstständigen (13 %). Überdurchschnittlich unzufrieden sind Arbeitslose (82 %), Angehörige, die sich der Unterschicht zuordnen (83 %), Bezieher niedriger Einkommen (78 % der unter 750 Euro/Monat/Kopf Haushaltsnettoeinkommensbezieher). Die Erwartungen in Bezug auf Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit sind äußerst gering (4 %).

Auch in Bezug auf die Zufriedenheit mit der sozialen Sicherheit ist die Unzufriedenheit mit 38 % höher als die Zufriedenheit (20 %). Während Jüngere eher zufrieden sind (33 %), gibt es eine hohe Unzufriedenheit bei Arbeitslosen (56 %), 40- bis 50-Jährigen (47 %) sowie 50- bis 60-Jährigen (46 %).

Abbildung 7: "Wie zufrieden sind Sie mit der sozialen Sicherheit in Deutschland?"
- neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

8. Die Bürger der neuen Bundesländer sehen in der Sicherung eines von der Leistung abhängigen erreichten Lebensniveaus das vorrangige Anliegen der staatlichen Sozialpolitik. Eine Minimalsicherung für alle hat den Vorrang vor einer Grundsicherung nur für Bedürftige.

Tabelle 8: "Sollte Ihrer Meinung nach staatliche Sozialpolitik ...?" - neue Bundesländer
- 2008 - in Prozent -

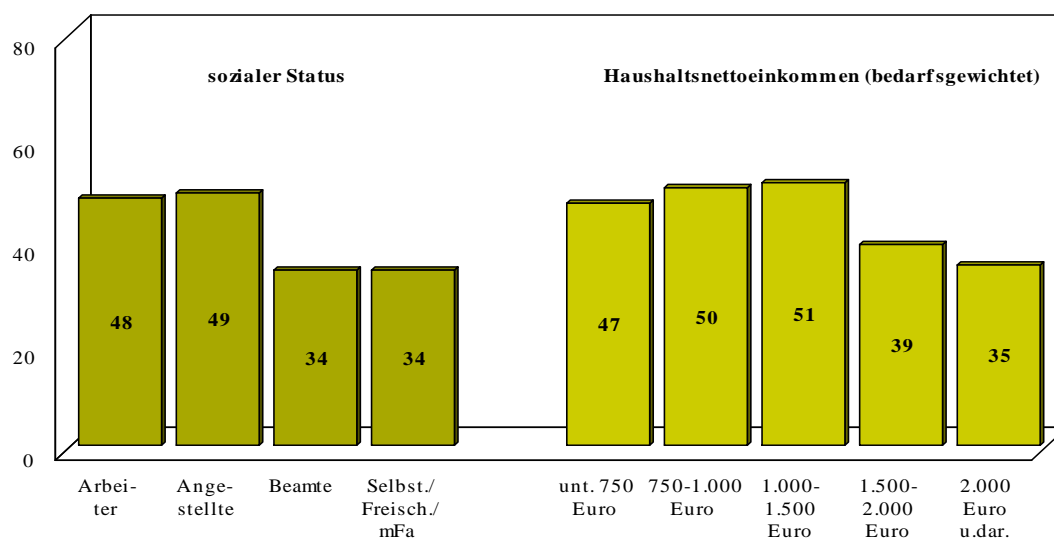
	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	unt. 25 Jahren	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. älter	erw.-tätig	arb.los/apM.
Versorgung auf bisherigem Lebensniveau sichern	46	46	46	33	41	44	47	55	43	53
nur Minimalsicherung, aber für alle	28	29	28	41	34	26	28	21	30	27
Grundsicherung für wirklich Bedürftige vorhalten	13	13	12	13	13	13	13	12	13	11
Bürger befähigen, für sich Eigenverantwortung zu tragen	9	9	9	8	10	13	8	6	12	5
ohne Antwort	4	3	5	5	2	4	3	6	2	4

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

In der Sicherung eines vom Einzelnen erreichten Lebensniveaus sieht fast die Hälfte der Bürger (46 %) ein Anliegen der Sozialpolitik. Dieser Anspruch nimmt mit dem Alter zu. Während junge Bürger vorrangig eine Minimalsicherung für alle (41 %) als Anliegen staatlicher Leistungspolitik sehen und weniger Lebensstandardsicherung (33 %), gehen ältere Bürger zu 55 % von einem durch den Staat abzusichernden "Bestandsschutz" aus.

Mit steigendem Einkommen wird die "Befähigung zur Eigenvorsorge" hervorgehoben (21 % mit einem individuellen Nettoeinkommen von über 2.000 Euro/Monat), ebenso von Befragten mit höherem beruflichen Abschluss (11 %) und mittleren Altersgruppen. Frauen und Männer äußern sich insgesamt übereinstimmend. Die Gewährung einer Grundsicherung nur für Bedürftige wird relativ übereinstimmend, jedoch auf niedrigem Niveau (13 %), von allen sozialen Gruppen und Schichten unterstützt.

Abbildung 8: Forderung nach "Lebensstandardsicherung" in Relation zum Haushaltsnettoeinkommen (bedarfsgewichtet) und sozialen Status - neue Bundesländer - 2008
- in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

9. Die Bürger der neuen Bundesländer setzen beim Ausbau des Sozialstaates nicht vorrangig auf "mehr Staat" durch staatliche Absicherung, sondern auf breitere solidarische Grundlagen. Private Vorsorge findet nur sehr geringe Zustimmung.

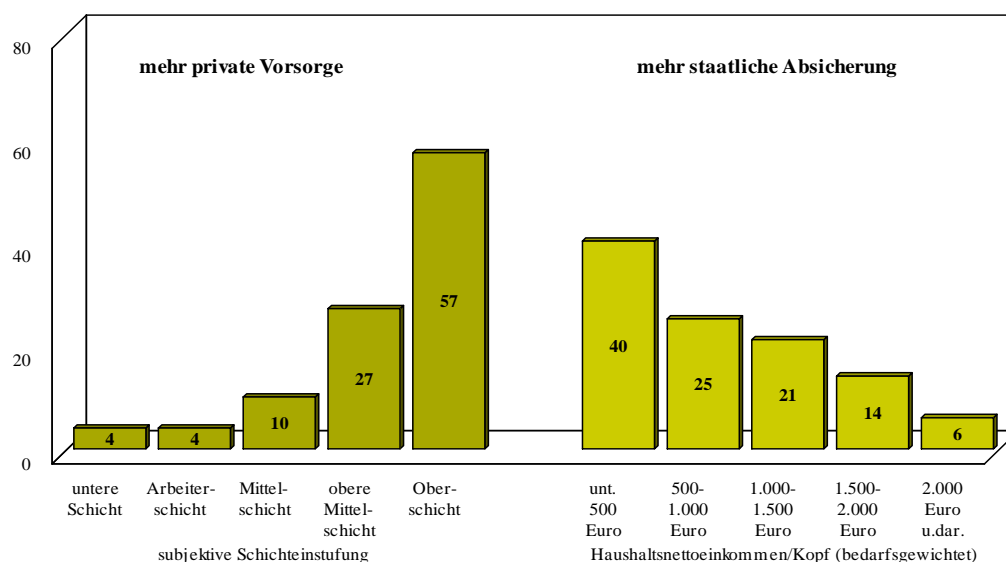
Tabelle 9: "Wenn Sie zu befinden hätten, wie der weitere Ausbau des Sozialstaates vor allem erfolgen sollte, wären Sie für ...?" - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -

	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	unt. 25 Jahren	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. älter	erw.-tätig	arb.los/apM.
Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die Sozialversicherung	33	33	33	17	22	35	36	43	31	27
eine breitere Basis in d. Versicher.systemen	32	36	29	25	35	36	34	31	37	30
mehr staatliche Absicherung	24	18	30	37	28	23	22	18	22	36
mehr priv. Vorsorge	7	10	5	17	12	5	4	4	8	3
ohne Antwort	3	3	3	4	3	2	4	4	3	3

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Rd. zwei Drittel der Bürger ab 18. Lebensjahr treten beim weiteren Ausbau des Sozialstaates für die Einbeziehung aller Bürger (32 %) ein bzw. für die Einbeziehung aller Erwerbstätigen (33 %) - also auch Beamte, Selbstständige usw. Nur jeder vierte Bürger (24 %) sieht die Lösung in "mehr Staat" und nur 7 % in einer verstärkten privaten Vorsorge. Dabei setzen vor allem Jüngere eher auf private (17 %) und staatliche Absicherung (37 % der unter 25-Jährigen), mittlere und ältere Jahrgänge eher auf Stärkung der Solidarbasis (74 % der über 60-Jährigen), ebenso wie Arbeitslose (57 %). Mehr staatliche Absicherung sehen im Besonderen auch: Bürger ohne beruflichen Abschluss (31 %), Befragte mit Niedrigeinkommen (37 %). Private Vorsorge wird getragen von unter 25-Jährigen (17 %), Hochschulabsolventen (13 %), Befragten mit einem individuellen Nettoeinkommen von über 2.000 Euro/Monat (29 %) bzw. bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen von über 2.000 Euro/Monat (27 %).

Abbildung 9: "Wenn Sie zu befinden hätten, wie der weitere Ausbau des Sozialstaates vor allem erfolgen sollte, wären Sie für ...?" - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

10. Unter der Vielzahl von aktuellen Vorschlägen zur Finanzierung des Sozialstaates gibt es seitens der Bürger eine eindeutige Orientierung auf Ausdehnung der solidarischen Grundlagen sowie der höheren Beteiligung derer, die über Reichtum verfügen.

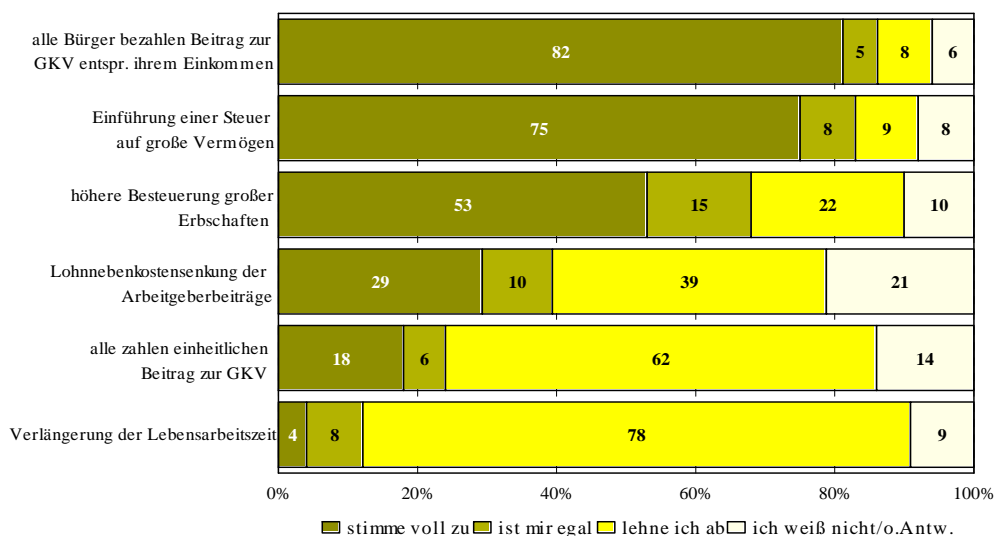
Tabelle 10: "Wenn Sie über weitere Entwicklungen des Sozialstaates zu befinden hätten - welche Vorschläge finden Ihre Unterstützung?" - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent - (nur Antwort: "stimme voll zu" - Mehrfachantworten möglich)

	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	unt. 25 Jahren	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. älter	erw.-tätig	arb.los/apM.
alle Bürger bezahlen Beitrag zur GKV entspr. ihrem Einkommen	82	82	82	58	74	83	89	91	81	82
Einführung einer Steuer auf große Vermögen	75	75	74	63	65	77	80	82	75	74
höhere Besteuerung großer Erbschaften	53	55	51	20	38	57	63	69	51	57
Lohnnebenkostensenkung der Arbeitgeberbeiträge	29	28	31	30	40	31	28	22	31	38
alle zahlen einheitlichen Beitrag zur GKV	18	20	17	23	17	16	15	19	17	22
Verlängerung der Lebensarbeitszeit	4	6	2	5	8	2	3	3	4	5

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

In den vergangenen Jahren wurde eine Vielzahl von Vorschlägen zur Finanzierung aller dem Sozialstaat obliegenden Aufgaben in die Diskussion eingebracht. Aus Sicht der Bürger gibt es eine eindeutige Rangfolge, die vom "Beitrag zur GKV entsprechend ihrem Einkommen" und damit einer Verbreiterung der Solidarbasis (82 %), über eine stärkere Beteiligung/Verantwortung der einkommensstarken Schichten der Bürger, über Besteuerung großer Vermögen (75 %) sowie höhere Steuern bei großen Erbschaften (53 %) reicht. Bereits getroffene Entscheidungen zur Senkung der Arbeitgeberbeiträge in den sozialen Sicherungssystemen (29 %), zu Einheitsbeiträgen in der gesetzlichen Krankenversicherung (18 %) und zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit (4 %) finden geringe bzw. keine Unterstützung.

Abbildung 10: "Wenn Sie über weitere Entwicklungen des Sozialstaates zu befinden hätten - welche Vorschläge finden Ihre Unterstützung?" - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

11. Hinsichtlich der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme werden bei einer alternativen Entscheidung Prioritäten vor allem durch die Verbreiterung der Solidarbasis (Pflichtversicherung für alle) sowie Steuern und Erhalt der Paritäten der Beitragszahlung gesehen. Private Vorsorgemodelle finden kaum Unterstützung.

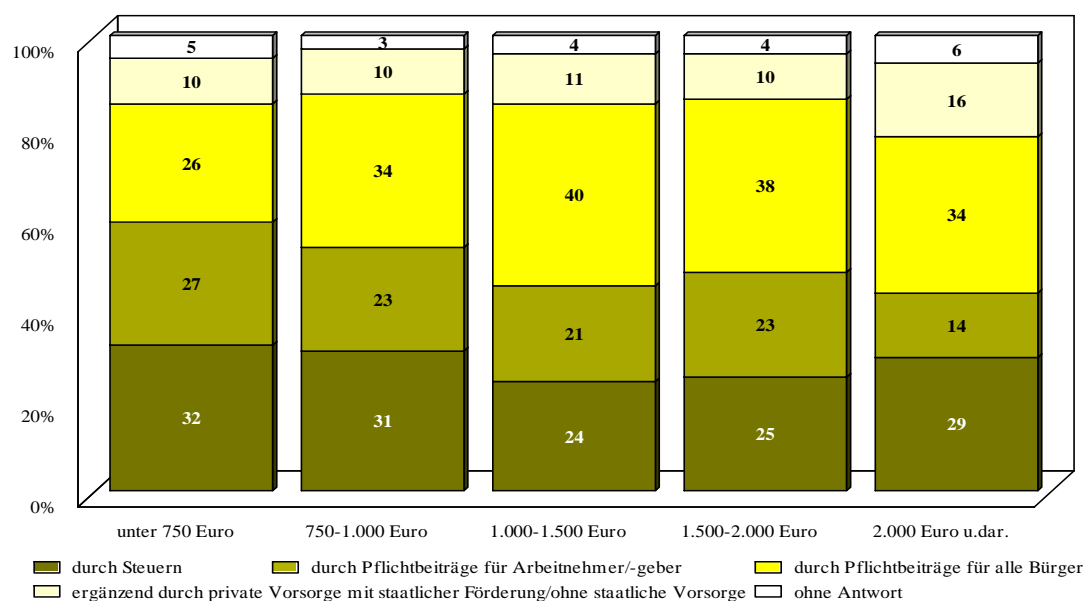
Tabelle 11: "Wie sollten Ihrer Meinung nach Leistungen des Sozialstaates vor allem finanziert werden?" - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent - (keine Mehrfachantworten möglich)

	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	unt. 25 Jahre	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. älter	erw.-tätig	arb.los/apM.
durch Pflichtversicherung für alle Bürger	34	35	34	21	30	34	35	42	35	27
durch Steuern	27	27	27	34	27	27	29	24	26	37
durch Pflichtbeiträge für Arbeitnehmer und für Arbeitgeber	23	24	22	26	21	22	23	23	21	22
ergänzend d. private Vorsorge mit staatlicher Förderung	9	8	10	10	15	11	7	5	12	7
ergänzend d. private Vorsorge ohne staatliche Förderung	2	1	2	2	2	2	1	1	2	3
ohne Antwort	5	4	6	7	5	4	4	6	5	5

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Auch hinsichtlich der Finanzierung der sozialen Versicherungen werden bei alternativer Entscheidung von über einem Drittel der Bürger die Pflichtbeiträge für **alle** Bürger als wichtigste Finanzierungsquelle gesehen (34 %), gefolgt von "Steuermitteln" (27 %) sowie Erhalt der Parität von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bei Pflichtbeiträgen (23 %). Private Vorsorge (mit staatlicher Förderung) wird nur von 9 % unterstützt (2 % private Vorsorge ohne staatliche Förderung). "Jüngere" setzen eher auf Steuern (34 %), "Ältere" und Befragte mit höherem beruflichen Abschluss eher auf den Ausbau der Solidargemeinschaft (42 %). Bezieher geringer Einkommen gehen von "mehr Staat", d.h. Steuerfinanzierung, aus, höhere Einkommen überdurchschnittlich von "privater Vorsorge".

Abbildung 11: "Wie sollten Ihrer Meinung nach Leistungen des Sozialstaates vor allem finanziert werden?" nach Haushaltsnettoeinkommen (Euro/Kopf - bedarfsgewichtet) - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

12. Soziale Sicherung in den sog. "Wechselfällen des Lebens" (Krankheit, Arbeitslosigkeit, Armut, Alter) wird durch die Gewährung eines gesicherten Einkommens von rd. zwei Dritteln der Bürger als Sache des Staates betrachtet, gefolgt von den Sozialversicherungskassen (rd. jeder zweite). Die Solidargemeinschaft bzw. die private Vorsorge werden deutlich nachgeordnet.

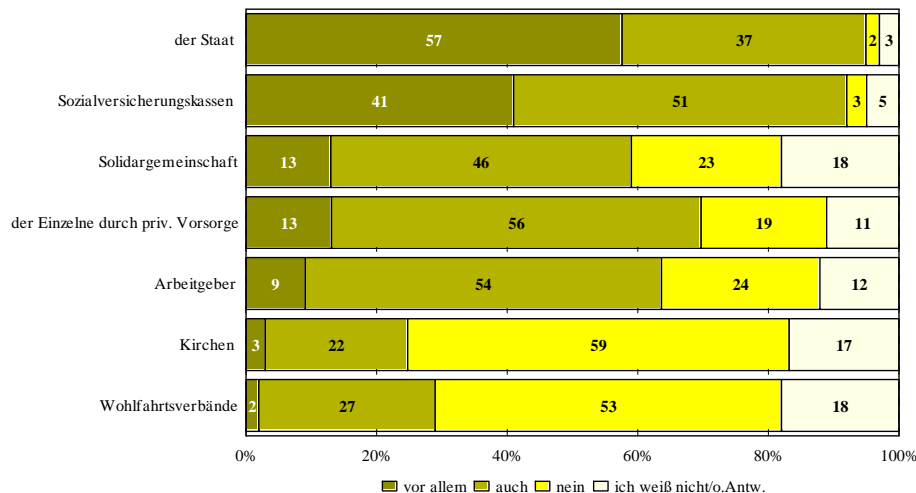
Tabelle 12: "Wer sollte Ihrer Meinung nach verantwortlich dafür sein, dass jeder Bürger bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Armut und im Alter ein gesichertes Auskommen hat?" - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent - (nur Antwort: "vor allem" - Mehrfachantworten möglich)

	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	unt. 25 Jahren	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. älter	erw.-tätig	arb.los/apM.
der Staat	57	56	59	62	55	53	57	60	53	67
die Sozialversicherungskassen	41	43	39	36	40	39	46	42	41	38
die Solidargemeinschaft	13	13	13	10	7	13	17	16	11	15
jeder Einzelne durch private Vorsorge	13	14	13	16	15	15	11	11	15	9
der Arbeitgeber	9	9	8	7	5	10	9	11	8	10
Kirchen	3	4	2	5	3	3	2	2	2	4
Wohlfahrtsverbände	2	2	2	4	2	2	2	2	1	2

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Die letztliche Verantwortung für ein gesichertes Einkommen bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Armut und im Alter wird vor allem beim Staat gesehen (57 %) sowie den Sozialversicherungskassen (41 %). Der Solidargemeinschaft, jedem Einzelnen, den Arbeitgebern wird nur eine "mittlere Verantwortung" zugeordnet (unter Einbeziehung derer, welche die Verantwortung nicht nur "vor allem", sondern "auch" bei genannten Trägern sehen). Eine Verantwortung der Wohlfahrtsverbände und Kirchen wird mehrheitlich nicht gesehen (53 % bzw. 59 %). Insbesondere "Jüngere" (62 %) und "Ältere" (60 %) sowie Empfänger niedrigerer Einkommen (68 % - Haushaltsnettoeinkommen/Kopf) sehen vor allem den Staat in der Verantwortung. Unterdurchschnittlich sind es Hochschulabsolventen (46 %) sowie Selbstständige/Freischaffende/mithelfende Familienangehörige (50 %). Eine ergänzende private Vorsorge findet vor allem Unterstützung bei höheren Einkommensgruppen (31 % bei einem Haushaltsnettoeinkommen/Kopf/Monat von über 2.000 Euro).

Abbildung 12: "Wer sollte Ihrer Meinung nach verantwortlich dafür sein, dass jeder Bürger bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Armut und im Alter ein gesichertes Auskommen hat?" - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

13. Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme insgesamt - bezogen auf den Zeitraum der nächsten fünf bis zehn Jahre - ist nur in geringem Maße vorhanden (10 %), über ein Drittel der Bürger haben wenig bzw. kein Vertrauen. Es ist am höchsten in Bezug auf die GKV (18 %), am geringsten in die GRV (11 %).

Tabelle 13: "Wie groß ist Ihr Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme, wenn Sie an die nächsten 5 bis 10 Jahre denken?" - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -

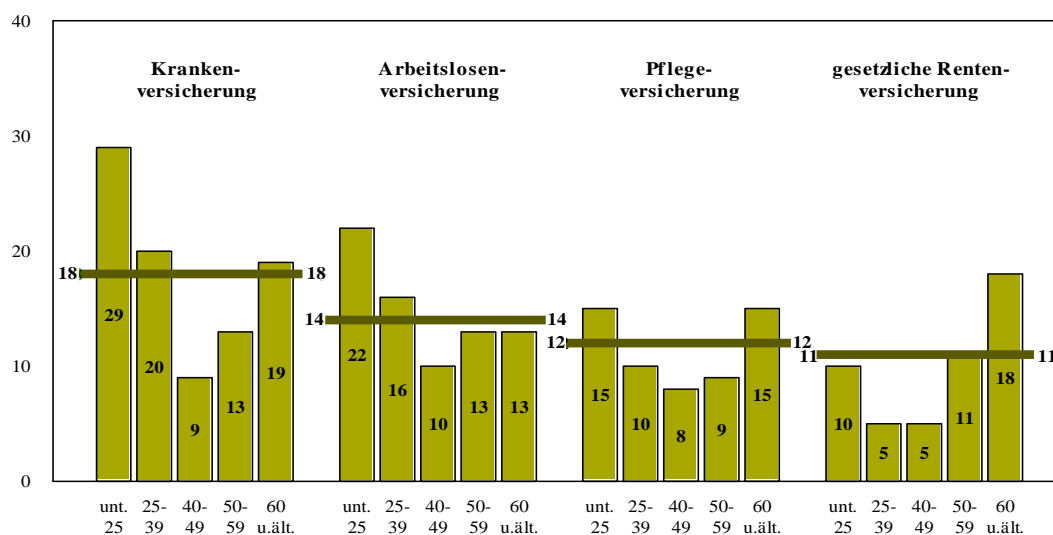
	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	unt. 25 Jahren	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. älter	erw.-tätig	arb.los/apM.
sehr groß/groß	10	11	9	15	11	6	8	12	8	10
teils/teils	53	55	51	60	57	51	49	50	56	45
klein	28	26	30	20	24	34	34	27	29	34
gar keins	8	6	9	5	8	9	7	8	7	10
ohne Antwort	1	1	2		0	0	1	4	1	1

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Nur jeder zehnte Bürger hat hinsichtlich der nächsten Jahre großes Vertrauen in die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme insgesamt (1 % sehr groß, 9 % groß). Rund die Hälfte äußert "teils/teils" (53 %) und über ein Drittel (36 %) haben wenig bzw. kein Vertrauen. Dabei ist das Vertrauen in den Altersgruppen der 40- bis 60-Jährigen am geringsten (7 % haben großes Vertrauen) sowie in den unteren Einkommensgruppen (8 %).

Auch bezogen auf einzelne Versicherungszweige ist das Vertrauen nur gering. Sehr großes/großes Vertrauen haben in die Krankenversicherung 18 %, die Arbeitslosenversicherung 14 %, die Pflegeversicherung 12 % und in die gesetzliche Rentenversicherung 11 %. Die mittleren Altersgruppen haben auch hierbei das geringste Vertrauen. So haben wenig/kein Vertrauen hinsichtlich der GRV 60 % der unter 25-Jährigen, 61 % der 25- bis 39-Jährigen und 60 % der 40- bis 49-Jährigen.

Abbildung 13: "Wie groß ist Ihr Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme, wenn Sie an die nächsten 5 bis 10 Jahre denken?" nach Altersgruppen - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent - (nur Antwort: "sehr großes"/"großes Vertrauen")



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

14. Das Alterseinkommen sollte nach Auffassung von mehr als der Hälfte der Bürger vor allem von der Zahl der individuell geleisteten Erwerbsjahre und den gezahlten Beiträgen abhängig sein. Modelle einer steuerfinanzierten Grundrente bzw. einer bedarfsabhängigen Grundsicherung finden geringere Unterstützung.

Tabelle 14: "Sollte Ihrer Meinung nach Alterseinkommen beruhen auf ...?" - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -

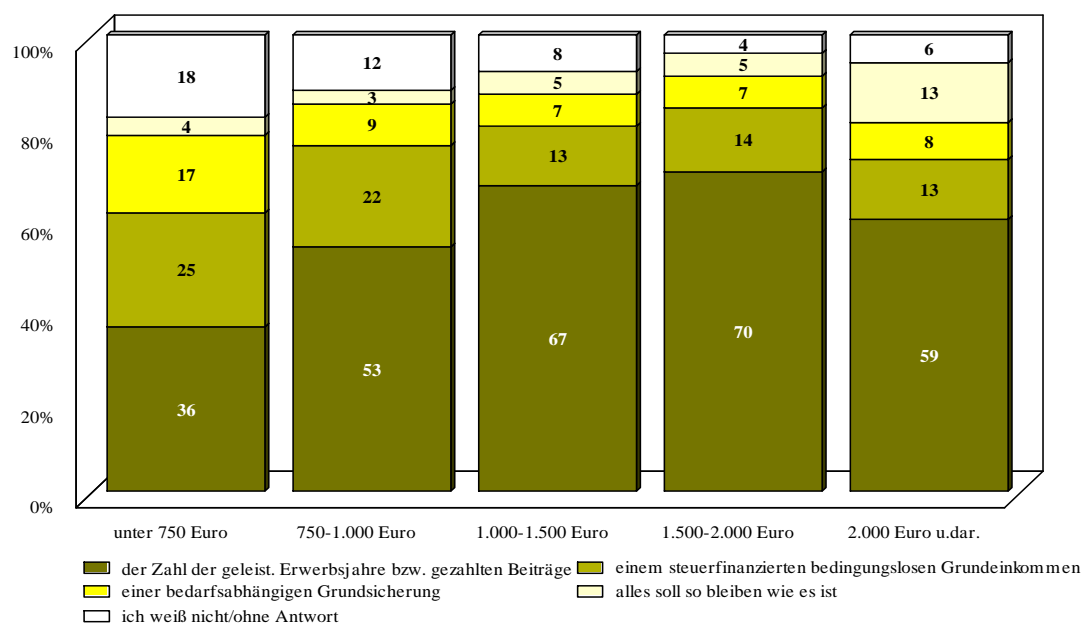
	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	unt. 25 Jahren	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. älter	erw.-tätig	arb.los/apM.
Zahl der geleisteten Erwerbsjahre bzw. gezahlten Beiträge	55	58	52	41	51	53	56	64	62	31
einer bedarfsabhängigen Grundsicherung	12	11	12	24	13	13	10	6	10	18
einem steuerfinanzierten bedingungslosen Grundeinkommen	17	18	16	9	21	20	19	14	16	32
alles so bleiben wie es ist	5	5	5	6	4	4	5	6	4	3
ich weiß nicht/ ohne Antwort	11	9	14	19	12	10	11	10	8	17

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

55 % der Bürger geben einem Alterseinkommen, welches von Arbeitsjahren und Beitragsleistung abhängig ist, den Vorzug. Ein steuerfinanziertes Grundeinkommen (17 %) bzw. ein bedarfsabhängiges Grundeinkommen (12 %) werden nicht als "Gegenvariante" gesehen. Nur 5 % sprechen sich für die Beibehaltung des jetzigen gegliederten Systems aus (gesetzliche Rentenversicherung, Beamtenversorgung, geförderte private Vorsorge).

Die Arbeits- und Beitragsabhängigkeit findet mit dem Alter und mit steigendem Einkommen (Ausnahme Spitzeneinkommen) zunehmende Unterstützung (41 % der unter 25-Jährigen/64 % der über 60-Jährigen). Selbst Beamte treten nur zu 13 % dafür ein, dass alles so bleiben sollte wie es ist.

Abbildung 14: "Sollte Alterseinkommen beruhen auf ...?" nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen (Euro/Kopf/Monat - bedarfsgewichtet) - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

**15. In der Familienpolitik finden sozialpolitisch vor allem die gebührenfreie Versorgung/Be-
treuung von Kindern in Einrichtungen sowie ein der Preisentwicklung angepasstes Kindergeld
Unterstützung. Die eigenständige Sicherung der Frauen und Männer durch Erwerbs-
arbeit wird vor allem von Älteren eingefordert, Erziehungsgeld von Jüngeren.**

Tabelle 15: "Welche Grundrichtungen der Sozial-/Familienpolitik finden vor allem Ihre Unterstüt-
zung?" - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent - (Mehrfachantworten möglich)

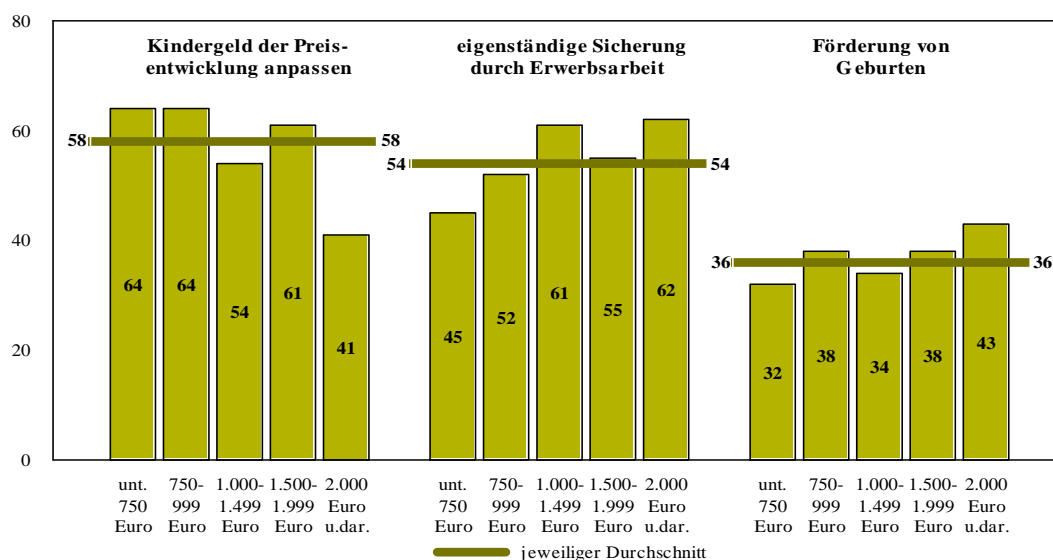
	ins- ge- samt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männ- lich	weib- lich	unt. 25 Jahren	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. älter	erw.- tätig	arb.los/ apM.
gebührenfreie Kin- dereinrichtungen	59	58	60	61	63	56	60	57	60	64
Kindergeld der Preis- entwickl. anpassen	58	58	58	63	66	60	52	52	59	64
eigenstän. Sicherung durch Erwerbsarbeit	54	55	54	34	40	54	62	69	51	47
Ausbau von Kin- dereinrichtungen	45	44	45	37	45	44	46	48	44	45
Erziehungsgeld für Eltern	42	40	44	61	53	45	38	27	48	42
Förd. von Geburten	36	38	33	44	36	30	34	36	35	36
Förd. v. Einwanderung	11	9	14	19	12	10	11	10	8	17

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Bezogen auf Grundrichtungen der Familienpolitik hat die Übernahme von Erziehungskosten für die Familie Vorrang. 59 % der Bürger (63 % der 25- bis 39-Jährigen) sprechen sich für gebührenfreie Kindereinrichtungen und 58 % für ein der Preisentwicklung angepasstes Kindergeld aus (66 % der 25- bis 39-Jährigen).

Die eigenständige Sicherung von Frauen und Männern durch Erwerbsarbeit unterstützen 54 % - jedoch eher Ältere (69 %) als Jüngere (34 %). Während der Ausbau von Kindereinrichtungen durch Ältere (48 %) mehr unterstützt wird, treten Jüngere mehr für ein Erziehungsgeld für Eltern ein (61 %). Die Haltung zur Förderung von Geburten ist begrenzt einkommensabhängig. Eine Förderung der Einwanderung (als bevölkerungspolitische Maßnahme) findet keine Unterstützung (11 %).

Abbildung 15: "Welche Grundrichtungen der Sozial-/Familienpolitik finden vor allem Ihre Unter-
stützung?" nach Einkommensgruppen - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

16. Die Ursachen für die finanziellen Leistungsbeschränkungen des Staates werden vor allem in der Steuerpolitik zu Gunsten der Unternehmen/Wirtschaft, internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik sowie internationalen Preisentwicklungen gesehen, interne Faktoren wie demografische Entwicklung, Leistungsmissbrauch und zu hohe Sozialleistungen werden deutlich nachgeordnet.

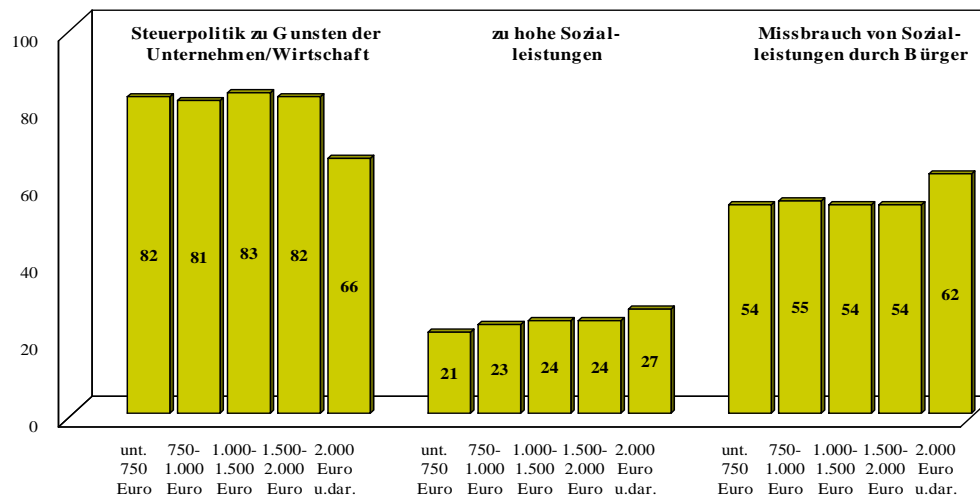
Tabelle 16: "Wenn der Staat finanziell nicht mehr leisten kann, liegt das Ihrer Meinung nach vor allem ...?" - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent - (nur Antwort: "ja")

	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	unt. 25 Jahren	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. älter	erw.-tätig	arb.los/apM.
Steuerpol. zu Gunsten d. Unterneh./Wirtsch.	79	81	78	60	77	86	86	81	80	88
Ausgaben für internationale Militäreinsätze	71	68	73	49	64	72	77	79	70	72
Ausgaben für internationale Verpflicht.	68	68	69	65	65	73	70	68	70	77
intern. Preisentw. für Energie/Rohstoffe	64	62	66	73	64	63	59	65	64	67
fehlender Nachwuchs	60	62	58	73	67	56	57	54	62	57
Missbrauch von Sozialleist. durch Bürger	54	52	57	65	62	58	48	46	61	47
Zunahme älterer, nicht erwerb. Menschen	39	43	35	62	50	38	31	27	44	35
steigender Aufwand zum Schutz d. Umwelt	32	32	31	33	36	33	33	27	35	37
zu hohe Sozialleist.	23	20	27	21	31	28	20	19	28	16

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Insgesamt werden die Ursachen für fehlende Finanzen im Sozialbereich vor allem als Ergebnis einseitiger Steuerpolitik sowie internationaler Belastungen bewertet. Während "Ältere" eher in einer einseitigen Steuerpolitik (81 % insgesamt) sowie in "externen" Faktoren - wie z.B. Militäreinsätze (71 % insgesamt, 79 % ältere Befragte) - die Ursachen für die fehlende/geringe finanzielle Leistungskraft des Sozialstaates sehen - ebenso wie Arbeitslose und untere Einkommensgruppen - gehen "Jüngere", aber auch höhere Einkommensgruppen in stärkerem Maße von zu hohen Sozialleistungen (23 %) sowie einem Missbrauch von Sozialleistungen durch Bürger aus (66 % der 18- bis 25-Jährigen sowie 62 % der Einkommensbezieher über 2.000 Euro/Kopf).

Abbildung 16: Ausgewählte Positionen zu den Ursachen fehlender finanzieller Leistungskraft des Staates - nach Haushaltsnettoeinkommen (Euro/Kopf/Monat - bedarfsgewichtet) - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

17. Rund 70 % der Bürger sprechen sich dagegen aus, dass Leistungen des Sozialstaates ohne jegliche Bedingungen gewährt werden. Leistungsbezug wird vor allem mit der Bereitschaft, "selbst etwas zu tun", und "Bedürftigkeit" verbunden, eigene Leistungen für die Gesellschaft (z.B. Kinderzahl) haben geringeren Stellenwert.

Tabelle 17: "Sollten Leistungen des Sozialstaates Ihrer Meinung nach gebunden sein an...?"
- neue Bundesländer - 2008 - in Prozent - (nur Antwort: "nur"/"vor allem")

	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	unt. 25 Jahren	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. älter	erw.-tätig	arb.los/apM.
Bedürftigkeit des Einzelnen	78	78	78	83	83	76	78	73	79	83
Bereitschaft, selbst etwas zu tun	78	80	76	87	83	80	76	72	84	67
Leistungen für die Gesellschaft (z.B. Kinder)	54	57	51	58	54	53	52	55	55	48
ohne jegliche Bedingungen	11	10	11	3	10	11	11	14	6	21

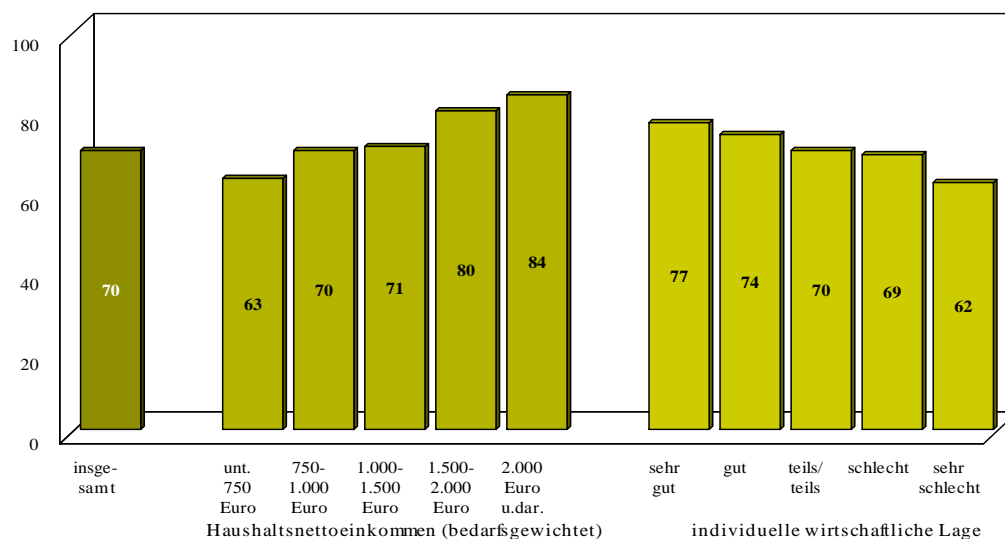
Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

70 % der Bürger ab 18. Lebensjahr wenden sich gegen eine bedingungslose Gewährung von Sozialleistungen (19 % haben dazu keine Meinung). Auch hierbei wird eine Differenziertheit zu den Bedingungen staatlicher Maßnahmen der Sozialpolitik deutlich. Das betrifft

- sowohl eine altersabhängige Differenzierung ("Jüngere" lehnen zu 82 % eine Leistungsgewährung ohne Bedingungen ab, "Ältere" zu 57 %)
- als auch im Besonderen einkommensabhängige Positionen - entsprechend sozialem Status - sowie bildungsabhängige (66 % ohne Abschluss, 79 % mit Hochschulabschluss).

Insgesamt wird die Haltung zur bedingungslosen Gewährung von Leistungen von der eigenen sozialen/wirtschaftlichen Situation deutlich beeinflusst. Während 84 % der Bezieher höherer Einkommen diese Forderung unterstützen, sind es nur 63 % der unteren Einkommen. Je schlechter die eigene wirtschaftliche Lage ist, um so geringer ist die Ablehnung einer bedingungslosen Gewährung von Sozialleistungen.

Abbildung 17: "Sind Sie für bedingungslose Gewährung von Sozialleistungen?" - im Verhältnis zum Haushaltsnettoeinkommen und zur Bewertung der individuellen wirtschaftlichen Lage - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent - (nur Antwort: "nein")



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

18. Die Gewährung von Leistungen wird mehrheitlich an die Bereitschaft zur Erwerbstätigkeit gebunden. Das Vorhandensein von Vermögen und die "Kontrolle" der Formen partnerschaftlichen Zusammenlebens finden geringere Unterstützung. Zwei Drittel der Bürger sind gegen die Zahlung von Sozialleistungen, wenn zumutbare Arbeiten abgelehnt werden.

Tabelle 18: "Sollten Ihrer Meinung nach Sozialleistungen nur gezahlt werden, wenn...?"
- neue Bundesländer - 2008 - in Prozent - (nur Antwort: "ja")

	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	unt. 25 Jahren	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. älter	erw.-tätig	arb.los/apM.
Bereitschaft zur Erwerbstätigkeit vorliegt	82	84	79	90	82	82	82	78	86	73
keine privaten Vermögen vorhanden sind	44	42	45	45	46	45	45	40	43	51
die Lebensformen kontrolliert wurden	42	42	41	40	42	48	43	38	46	43

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

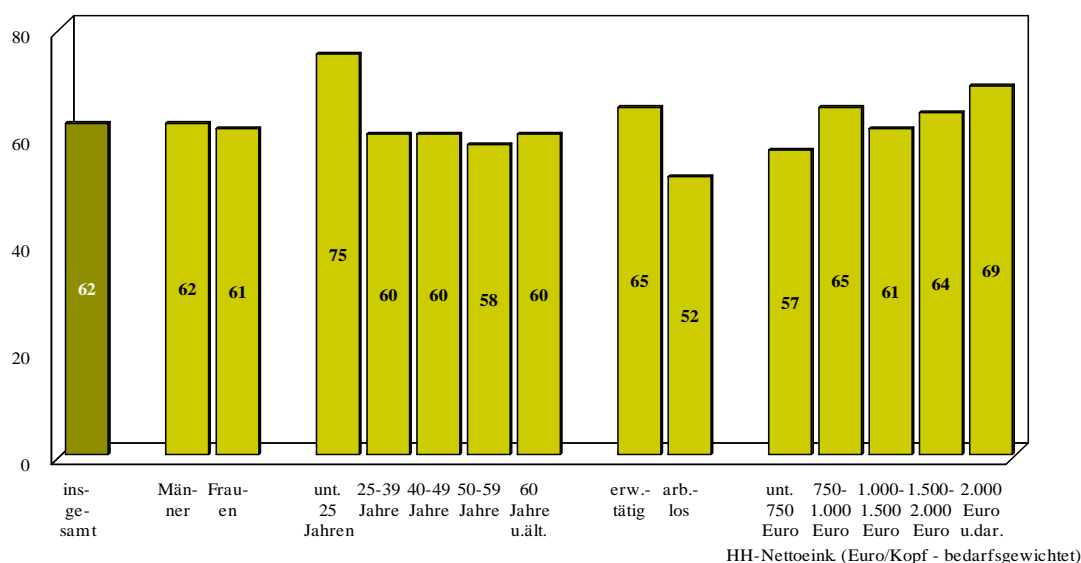
Für Bereitschaft zur Erwerbstätigkeit als Bedingung für die Gewährung von Sozialleistungen sprechen sich vor allem aus:

- Jüngere (90 %),
- Erwerbstätige (86 %),
- Verheiratete (84 %),
- Bezieher höherer Einkommen (89 % - Haushaltsnettoeinkommen/Kopf).

Im Gegensatz dazu findet die Einbeziehung von vorhandenem/nicht vorhandenem Vermögen vor allem bei den höheren Einkommensgruppen keine Unterstützung (38 % über 2.000 Euro/Kopf Haushaltsnettoeinkommen; 50 % bei unter 750 Euro/Kopf).

42 % treten für eine Prüfung der Familienform (z.B. Alleinlebende, in Lebensgemeinschaft Lebende) ein, bevor Sozialleistungen gezahlt werden. Bei Ablehnung von zumutbaren Arbeiten sollten nach Auffassung von 62 % der Befragten keine Leistungen gezahlt werden.

Abbildung 18: "Sollten Bürger, die zumutbare Arbeiten ablehnen, noch einen Anspruch auf Sozialleistungen haben?" - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent - (nur Antwort: "nein")



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

19. Jeder vierte Bürger der neuen Bundesländer ist der Meinung, dass wer arbeiten will auch Arbeit finden würde, nochmals die Hälfte stimmt dem teilweise zu. Einer "Pflicht" zur Arbeit geben drei Viertel der Bürger ihre Zustimmung.

Tabelle 19: "Was meinen Sie zu dem folgenden Satz: 'Wer arbeiten will, findet auch Arbeit?'"
- neue Bundesländer - 2008 - in Prozent -

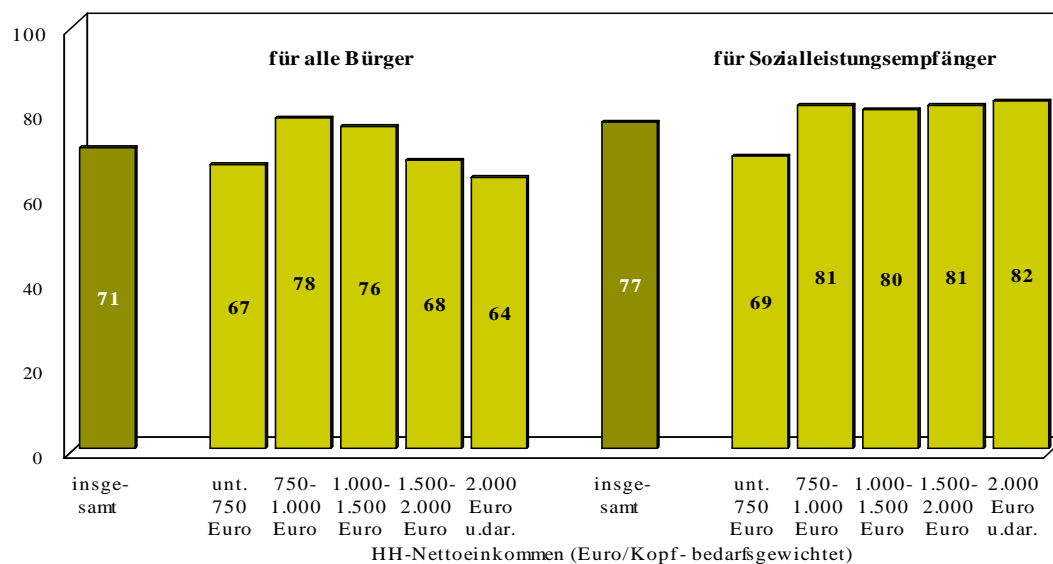
	insgesamt	Geschlecht		Alter					Erwerbsstatus	
		männlich	weiblich	unt. 25 Jahren	25-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	60 J. u. älter	erw.-tätig	arb.los/apM.
trifft zu	24	29	20	49	28	22	14	18	28	6
teils, teils	48	45	51	33	53	50	47	49	53	36
trifft nicht zu	28	26	29	18	19	28	38	32	19	59

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Insbesondere jüngere Menschen sind der Meinung, dass wer arbeiten will auch eine Arbeit findet. Es ist offensichtlich, dass die öffentliche Meinung der allgemein verbreiteten Auffassung zustimmt, obwohl das Arbeitsplatzangebot in den neuen Bundesländern (noch) dagegen spricht. 59 % der Arbeitslosen halten die genannte Aussage für unzutreffend - nicht zuletzt aufgrund eigener Erfahrungen (insbesondere Langzeitarbeitslose). Vor allem höhere Einkommensgruppen vertreten zu 39 % die Auffassung, dass Arbeit zu finden sei.

Eine Pflicht zur Arbeit wird von 71 % der Befragten unterstützt - insbesondere Älteren (81 %), Facharbeitern (75 %), mittleren Einkommensgruppen (77 %). Gegen eine Pflicht zur Arbeit sprechen sich insgesamt 16 % aus. Das sind vor allem Hochschulabsolventen (25 %), mittlere Altersgruppen (23 %), Arbeitslose (23 %), Selbstständige/Freischaffende (22 %) sowie Alleinerziehende (25 %). Bei Empfängern von Sozialleistungen treten sogar 77 % der Befragten für eine Pflicht zur Arbeit ein, bei insgesamt äußerst geringen Differenzierungen.

Abbildung 19: "Sollte es Ihrer Meinung nach eine 'Pflicht zur Arbeit' geben?" - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent - (nur Antwort: "ja")



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

20. Rund 40 % der unter 60-jährigen Bürger sind in den letzten Jahren in den unterschiedlichsten Formen von arbeitsmarkt- und einkommenspolitischen Maßnahmen "betroffen" - Frauen stärker als Männer. 33 % der über 60-Jährigen erhalten eine Rente mit Abschlägen.

Tabelle 20: "Von welchen Maßnahmen der Veränderung von Sozialstandards waren Sie bzw. Ihre Familienmitglieder betroffen?" - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent - (18 bis 60 Jahre)

	Hartz IV	Nullrunden Einkommen	geförderte betriebliche Altersversorgung	Ein-Euro-Jobs	Leistungskürzungen der gesetzl. Krankenvers.	(Wieder-) Aufnahme einer Erw.-tätigkeit	Elterngeld
selbst	21	7	26	10	18	14	7
Partner	7	5	8	3	4	4	4
selbst und Partner	4	1	12	1	9	6	1

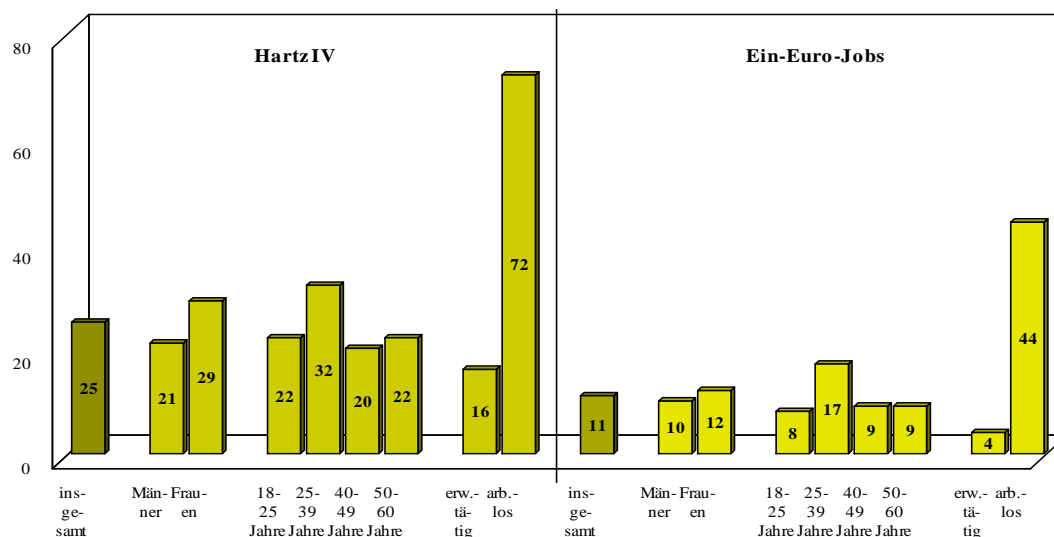
Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Vier von zehn der unter 60-jährigen Bürger sind in diesen oder jenen Formen von arbeitsmarkt- und einkommenspolitischen Maßnahmen in den vergangenen Jahren betroffen. Davon werden von den Betroffenen vor allem die Maßnahmen für "gerechtfertigt" angesehen, die auf eine Förderung bzw. Unterstützung gerichtet sind.

Von den ab 60-Jährigen beziehen 33 % der Befragten eine Rente mit Abschlag und bei 20 % auch die Partner.

Von Hartz IV im Besonderen waren betroffen: Bürger ohne beruflichen Abschluss (30 %), untere Einkommensgruppen (Reflexion von Hartz IV - 56 %), Arbeiter (34 %). Am geringsten ist die Betroffenheit bei Hochschulabsolventen (11 %) und höheren Einkommensgruppen (2 %). Diese Strukturen gelten analog für Ein-Euro-Jobs.

Abbildung 20: Individuelle Betroffenheit von arbeitsmarkt- und einkommenspolitischen Maßnahmen - neue Bundesländer - 2008 - in Prozent - (18 bis 60 Jahre)



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

21. Die von den Befragten erwarteten Veränderungen im Ergebnis weiterer Maßnahmen der Sozialreformen sind eindeutig: Es werden einerseits steigende Belastungen insbesondere in Bezug auf Beiträge und andererseits sinkende soziale und gesundheitliche Leistungen erwartet.

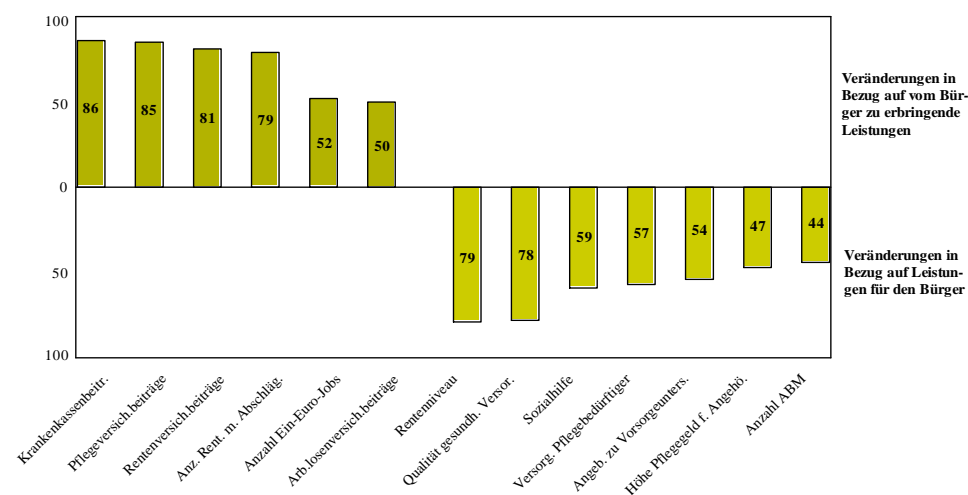
Tabelle 21: Erwartete Änderungen im Ergebnis der Sozialreformen - neue Bundesländer - 2008
- in Prozent -

	ins- ges.-	Geschlecht		Alter (in Jahren)					Erwerbsstatus	
		männ- lich	weib- lich	unt. 25	25-39	40-49	50-59	60 u.ä.	erw. tät.	arb. los
zunehmende Belastungen										
Krankenkassenbeiträge	86	90	82	84	90	90	90	80	91	84
Pflegeversich.beiträge	85	89	81	81	88	89	89	80	89	84
Rentenversich.beiträge	81	86	76	78	82	87	82	77	86	77
Anzahl der Renten mit Abschlägen	79	82	77	73	84	82	84	75	84	79
Anzahl Ein-Euro-Jobs	52	56	48	76	63	48	51	38	57	54
Arbeitslosenversich.beiträge	50	51	49	50	56	55	52	42	55	54
abnehmende Leistungen										
Rentenniveau	79	84	74	73	76	86	86	75	83	79
Qualität gesundh.Versorgung	78	81	75	69	77	87	82	74	83	81
Sozialhilfe	59	67	52	60	56	61	68	55	62	62
Versorgung Pflegebedürftiger	57	59	54	48	58	62	63	52	61	61
Angebote Vorsorgeuntersuch.	54	53	55	41	59	60	60	49	59	58
Höhe Pflegegeld f. Angehörige	47	47	46	46	54	50	49	39	54	52
Anzahl ABM	44	43	44	19	38	56	57	44	48	54

Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Bezogen auf den gegenwärtigen Stand der beschlossenen bzw. in der Diskussion befindlichen Maßnahmen der Sozialreform(en) ergeben sich insgesamt mehrheitlich negative Erwartungen. Das betrifft sowohl die vom Bürger zu erbringenden als auch die vom Bürger in Anspruch zu nehmenden Leistungen. Während es hinsichtlich der Entwicklung finanzieller Leistungen weitgehend übereinstimmende Auffassungen gibt, erwarten insbesondere Jüngere bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im überdurchschnittlichen Maße positive Entwicklungen. Hinsichtlich des künftigen Rentenniveaus sehen vor allem die Altersgruppen der 40- bis 60-Jährigen, Hochschulabsolventen und Bezieher höherer Einkommen überdurchschnittlich ein sinkendes Niveau. Im Gegensatz dazu gehen Empfänger von Niedrigeinkommen von steigenden Leistungen aus.

Abbildung 21: Erwartete Änderungen im Ergebnis der Sozialreformen - neue Bundesländer - 2008
- in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2008 (gew.)

Nachbemerkungen - Methodik

Das Untersuchungsfeld der Primäranalyse "Leben in den neuen Bundesländern" erstreckt sich über die gesamte Region neue Bundesländer und Berlin (Ost) und bezieht alle sozialen und demografischen Hauptgruppen ein.

Die Befragung erfolgte - wie in den vergangenen Jahren - postalisch über die Kontaktierung von 28.000 möglichen Probanden ab 18. Lebensjahr.

Die Verteilung erfolgte über ein entsprechend angewandtes random-walk-Verfahren. Der Rücklauf war für den Befragten portofrei postalisch und anonym.

Für die Auswertung wurde eine WichtungsvARIABLE erstellt, basierend auf Geschlecht, Bildung und Altersgruppen der Grundgesamtheit. Die Aufbereitung der Daten wurde mittels des Datenbearbeitungsprogramms für Sozialwissenschaften SPSS vorgenommen.

Es erfolgte ein Rücklauf von über 2.900 Fragebogen (rd. 10,4 %), von denen 2.892 verwertbare Fragebogen in die Aufbereitung der Daten einbezogen wurden.

Die den Aussagen der empirischen Erhebung "sfz/leben 2008 (gew.)" zugrunde liegenden Strukturen sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.

Daten zur sozio-demografischen Struktur der Untersuchung "Leben 2008" - neue Bundesländer
- in Prozent* - (nur Befragte ab 18. Lebensjahr)

	insgesamt		davon	
	absolut	Prozent	Männer	Frauen
insgesamt (absolut)	2.892	100	1.403	1.489
Alter				
18 bis 24 Jahre	363	13	14	12
25 bis 39 Jahre	597	21	22	19
40 bis 49 Jahre	554	19	19	19
50 bis 59 Jahre	478	17	18	15
60 Jahre und älter	900	31	27	35
beruflicher Abschluss				
ohne Abschluss	656	23	20	26
Facharbeiter	1.687	58	61	56
Fachschul-/Hochschulabschluss	514	18	19	17
ohne Angabe	35	1	1	1

* Abweichungen zu 100 sind auf erfolgte Rundungen zurückzuführen

*VOLKSSOLIDARITÄT Bundesverband e.V. Bundesgeschäftsstelle
Alte Schönhauser Straße 16, 10119 Berlin*

*Telefon: 030-27 89 7-0 Fax: 030-27 59 39 59
E-Mail: bundesverband@volkssolidaritaet.de
Home: www.volkssolidaritaet.de*

*Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum
Berlin-Brandenburg e.V.
Köpenicker Straße 125, 10179 Berlin*

*Telefon: 030/28 30 55 60 Fax: 030/28 30 55 61
E-Mail: sekretariat@sfz-ev.de
Home: www.sfz-ev.de*